Nr. 130

17. Januar 1991

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

KAMPF DEM KRIEG AM GOLF

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

WÖRTER VOR?

Wenn ihr diese Zeitung in der Hand haltet, liegt "das verdamte Datum" hinter uns. Und vielleicht gehts euch genauso wie uns: es gibt keinen Grund - den gabs sowieso nie - der uns von phantersievollen Aktionen gegen die hiesigen Kriegstreiber abhalten kann.
Was bleibt von der Samstags Demo? Daß so viele Leute auf der Straße waren. fanden wir gut.Zur weiteren Bündnisstrategie teilen wir die Einschätzung aus dem bisher einzigen Demonachbereitungspapier: das Bündnis hat sich erledigt, wenn von unseren Aussagen / Aktionen nichts mehr sichtbar übrich bleibt. Erwartet hatten wir schon mehr Reaktionen zu dieser Massenveranstaltung die Redebeiträge vermissen wir immer noch.
Den Abdruck halten wir für wichtig, um sie aus der Versenkung der SpazierdemonstrantInnen wieder hervorzuheben.
Der erste Teil der Zeitung hat den Golf zum Schwerpunkt, mit einem längeren Artikel zur Geschichte des Irak und einigen Aktionsvorschlägen.
In Sachen Hintergründe zum Golfkonflikt: das INTERIM Sonderheft dazu ist jetzt in einer zweiten Auflage erhältlich.
Und für die AZ: wir sind dabei, eurem Hinweis nachzugehen, wir lassen von uns hören.
Die Schokolade aus SED beständen war in Ordnung - schönen Dank auch.
Auch wenn ihr es manchmal gerne hättet, wir sind keine überregionale Zeitung. Wir können unmöglich alles reinnehmen, was von euch anstrandet, auch wenns für euch enorm wichtig ist. sorry.

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

folgende Sachen sind im Ordner gelandet:
- fight the power-demo kölln
- hausdurchsuchungen stuttgart
- hausdurchsuchungen meppen
- egin zu ost-timor
- spitzel in amsterdam
- eiswette-demo bremen
- e 92 kampagne madrid

Ansonsten wie immer, Briefe,Bestellungen an Interim e.V.,Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61. ...und Redaktionsschluß ist Montags!

2.**VV** DISKUSSIONS-und AKTIONSPLENUM FREITAG: 18.1.91 19Uhr30 Mehringhof

-unterstützt den Befreiungskampf der kurdischen -und palästinensischen Bevölkerug
-Kampf dem Terrorregime im Irak
-gegen NATO- Aufmarsch und die UN- Hungerblockade

Der Krieg gegen die sozialrevolutionären Aufstände in der Region, der Krieg gegen hunderttausende von Flüchtlingen, der Krieg gegen die kurdische- und palästinensische Intifada hat längst begonnen.

autonome- und antiimperialistische Gruppen

KAMPF dem KRIEG am GOLF !



ZUR DEMO 12.1.

DIE FRIEDENSBEWEGUNG ERWACHT UND DIE AUTONOMEN GEHEN UNTER !

Das in Berlin ein recht großes Anti-Kriegs- oder Internationalismus -Potential vorhanden ist, haben wir gewußt. Zu Haig, Reagan oder bei den Bombenangriffen auf Lybien waren immer zig tausende auf der Straße. Aber wer hätte mit so vielen Menschen auf dieser Demo gegen den Golf-Krieg gerechnet ? Seid ehrlich niemand/frau!
Nun sie sind alle gekommen, leider auch die SPD, DGB und Gysi. Wie konnte es dazu kommen ? Bei dieser Demo, die doch maßgeblich von autonomen und anti-imperialistischen Gruppen mit vorbereitet und getragen wurde. Was haben wir falsch gemacht, das SPD u.a. scheinbar ohne Probleme diese Demo mit unterstützen konnten?
Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: natürlich finden wir es gut, daß 100.000 und mehr gegen den Krieg am Golf demonstrieren. Es wurde höchste Zeit. Aber diese Demo erinnerte mich streckenweise eher an einen Almabtrieb oder Sonntagsspaziergang. Eine kämpferische Anti-Kriegs-Demo war dies nicht. Und die Inhalte waren völlig beliebig:

- Die UN-Hungerblockade wurde von einem Großteil der DemonstrationsteilnehmerInnen befürwortet.
- Die AL hat Angst um die Börsenkurse und zieht daher auch das langsame Aushungern vor (s. AL-Aufruf).
- Die Spartakisten wollen den Irak Saddam Husseins verteidigen. (ein Lob den Leuten, die Ihnen das Transparent abgenommen haben)
- Und fast alle fordern das Selbstbestimmungsrecht Kuwaits, obwohl dies ein brutaler Apartheidsstaat gewesen ist, indem über die Hälfte der BewohnerInnen rechtlose ArbeitsmigrantInnen, zum großen Teil aus asiatischen Ländern, waren.

Dies ließe sich noch fortsetzen, aber ich denke es wird deutlich, daß der politische Charakter der Demo verwässert war.
Als starke, eigenständige politische Kraft sind wir in der Demo untergegangen. Unsere Kernaussage, daß der Krieg schon längst stattfindet und die Hungerblockade ein Teil des Krieges gegen die Armutsbevölkerung des Nahen Ostens ist, war weniger als ein Nebenaspekt des Getümmels. Obwohl wir in einigen Redebeiträgen schon Kontrapunkte setzen konnten und den Zusammenhang zwischen Nato-Aufmarsch und sozialem Aufstand in der Region hergestellt haben. Klasse war noch die scharfe Kritik und politische Distanzierung zu SPD u.a. und die Empörung der ReformistInnen darüber. Aber halbe Freude ist zu wenig!
Die Polarisierung in der Friedensmasse ist uns nicht gelungen. - Dies können wir nur durch eigenständige Aktionen in einer politischen Bewegung schaffen.

Dies setzt allerdings voraus:

a) die politische Bewegung und

b) die dafür notwendigen Kräfte.

Beides war vor dieser Großdemo zu schwach entwickelt. Die Anti-Kriegs-Bewegung war nicht sichtbar und unsere eigenen politischen Kräfte zum Golf-Konflikt zu gering.

Die FRIKO (Friedenskoordination Berlin) und wir wollten unabhängig voneinander am selben Tag diese Demo machen. Die politische Konsequenz wären 2 Demos am selben Tag zum selben Thema bei unsicherer Mobilisierungslage gewesen. Wir trauten uns nicht, dies politisch zu verantworten und unsere Kräfte waren für eine eigenständige Demo nicht stark genug. Das autonome- und antiimperialistische Vorbereitungsplenum hat also ein Bündnis mit der FRIKO gemacht. Dies war natürlich eine bittere Kröte, die wir das geschluckt haben.

Im Bündnis konnten wir zwar einiges durchsetzen (Leitparole, Redebeiträge, erste Ketten, keine AL und PDS in der Demoleitung, usw.), aber die Medien haben uns völlig ausgegrenzt, und von daher existierten wir mit unseren Inhalten kurz vor der Demo kaum noch. Der größte Schlag war dann die Unterstützung der Demo durch SPD, DGB und PDS.

Das Bündnis wird sofort aufgegeben, zugunsten einer Polarisierung in der jetzigen Anti-Kriegs-Bewegung. Die Aktionskette die jetzt, hoffen wir, losgetreten wird, könnte unsere Vorzeichen haben. Laßt uns viele entschlossene Aktionen machen, die sich unzweifelhaft solidarisch zu den Sozialprozessen und Befreiungsbewegungen im Nahen Osten verhalten. Und hier sollten sie eindeutig gegen Kriegstreiber und imperialistische Politik gerichtet sein.


Zwei Autonome aus dem Vorbereitungsplenum



VOLXSPORT

Es wird empfohlen, daß
1. Die DB liquidiert wird
2. Die verantwortlichen Mitarbeiter der DB angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden
3. Die leitenden Mitarbeiter der DB von der übernahme wichtiger oder verantwortlicher Position im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden

(Omgus, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank)

Die DB war im Faschismus und ist in "Demokratischen Kapitalismus" die größte aller deutschen Geschäftsbanken. über eigenen Aktienbesitz, über Depotstimmrechte und über Aufsichtsratsitze kontrollierte und kontrolliert sie ganze Industrieen.
Die DB muß als Multi- und Transnationaler Konzern begriffen werden, die bei fast jeder Schweinerei ihre Finger mit drinnen hat. Sei es in Regierungsgeschäften über monatliche Kanzlergespräche (was gut ist für die DB ist gut für Deutschland - Josef Abs.) sei es in Konzernpolitik über Aufsichtsratposten (Daimler- DB Aufsichtsratvorsitz seit 1926) oder über direkte Aufkäufe im Ausland (z.B. 1986 Banco d'America e d'Italia).
Unter Herrhausen forcierte die DB, unterstützt vom damaligen Daimler Finanzchef Edzard Reuter und dem Triebwerks- und Rüstungsspezialisten Werner Niefer, die neue Daimler Konzernstrategie. Ausgehend von der Analyse der Währungs- und der Schulden- "krise" des Trikonts, die ein weiteres weltweites Wachstum verneint, wenn nicht die Bretton Woods und Gatt Abkommen und damit die Vormachtstellung der USA in der Weltwirtschaft gebrochen wird, wird Daimler zum Mischkonzern des High-Tech Sektors im Transportbereich. Sie gehen dabei davon aus, daß die "freie Wirtschaft" des WEstens dabei ist in die drei Machtblöcke Japan, Nordamerika und Europa zu zerfallen. Sobald diese Blöcke das Fiasko der Entwicklungsdekaden für Afrika, Asien und Lateinamerika verdaut und abgeschrieben haben, werden sie sich protektionistisch abschotten um sich gegen die überliquidität der globalen Finanzmärkte immun zu machen. Danach wird ein neuer Kampf um den rest der Welt einsetzen, den derjenige Machtblock gewinnen wird, der über den größten technologischen Vorsprung und damit über einige wenige Konzerne verfügt die in der Produktion führend sind. Für die den Umbau des Konzerns folgende Entwicklungsplanung ist Daimler auf möglichst große und langfristig garantierte Subventionen angewiesen, die nur aus den Bereichen des Forschungs-, Wirtschafts- und des Verteidigungsministeriums zu holen sind.
Daimler wurde unter der FEderführung der DB die beherrschende Kapitalmacht des Westeuropäischen militärisch- industriellen Komplexes, wobei die direkte Rüstungsproduktion ca. 10 % des Konzernumsatzes ausmacht.

Deutsche Bank
|
Mercedes Benz
MBB — AEG — MTU — Dornier

Unsere Aktion am 13.1.91 begreifen wir als eine Möglichkeit den Krieg um Rohstoffe und menschliche VErwertbarkeit in die Metropolen zu tragen.
Wir wissen leider nicht wie sich unsere flammenden Grüße in den Briefkästen ausgewirkt haben, hoffen aber doch, daß der alltägliche Ablauf etwas gestört wurde. Geschädigten empfehlen wir, sich andere Geschäftspartener zu suchen.

Kill a Multi

Sachschaden in unbekannter Höhe durch Brandsätze in Bankfilialen

Briefe mit brennbarer Masse in die Nachtbriefkästen geworfen

Sachschaden in noch unbekannter Höhe entstand gestern vormittag durch Brandbriefbomben, die Unbekannte in die Briefkästen von vier Bankinstituten geworfen hatten. In drei Fällen zündeten die Brandsätze beim Öffnen der Umschläge in den jeweiligen Filialen, in einem Fall brannte die Bombe bereits im Briefkasten.

Es handelt sich um drei Filialen der Deutschen Bank (Kottbusser Damm und Wassertorstraße in Kreuzberg und Hermannstraße in Neukölln) sowie die Filiale der Dresdner Bank am Mehringdamm in Kreuzberg. Die Brandsätze waren in weißen Briefumschlägen der Größe DIN C 5 untergebracht und ohne Anschriften von den Tätern in die Nachtbriefkästen geworfen worden.

Personen wurden nicht verletzt, obwohl die Stichflammen beim Zünden der Brandsätze bis zu einem halben Meter hoch waren, teilte ein Beamter des polizeilichen Staatsschutzes mit, der die Ermittlungen übernommen hat. Die Täter, deren Motive noch nicht bekannt sind, werden im linksextremistischen Bereich vermutet.

Bei dem Brandmittel handelt es sich um eine knetartige Masse, die einen Chlorgeruch aufwies, teilte der Kripo-Beamte mit. Vermutlich habe es sich um ein sogenanntes Selbstlaborat gehandelt, dessen Bestandteile jedoch noch nicht analysiert seien. Die Masse entzündete sich, als die Briefe geöffnet wurden und der Stoff mit Luft in Berührung kam.

Vermutlich war der Umschlag in der Filiale der Deutschen Bank an der Wassertorstraße nicht hundertprozentig luftdicht verpackt, vermutete der Kripo-Mann, denn dieser Brandsatz habe sich bereits im Briefkasten entzündet und darin befindliche Kundenpapiere teils erheblich beschädigt.

weso

tagesspiegel 15.1.91

Entwurf für Treffen in B'haven am 14.1.91

norddeutsche DEMONSTRATION, KUNDGEBUNG und STÖRAKTIONEN IN BREMERHAVEN !

UNSER Aktionsziel ist es, den täglichen Ablauf der Carl-Schurz-Kaserne und gegebenenfalls den Militärumschlag im Hafen massiv zu stören und zu behindern. Auch wenn die Truppenverlegung größtenteils abgeschlossen ist, wird weiterhin Nachschub über Bremerhaven umgeschlagen werden(siehe auch taz-Artikel).
Wir wissen, daß es nicht möglich sein wird, die gesamte Kaserne(ein Eingang befindet sich im Hafen) und den ganzen Hafen zusätzlich zu blockieren.
Doch unsere Aktion soll deutlich machen, daß wir es ernst meinen in unserem Kampf gegen den Krieg am Golf und es nicht bei Appellen belassen wollen..

Wir wollen uns mit dieser Aktion dem Kriegsumschlag in Bremer Häfen und der Politik des Bremer Senats in den Weg stellen. Stop mit dem militärischen Umschlag sofort. Unsere Aktion richtet sich nicht gegen den zivilen Hafenumschlag, allerdings nehmen wir eine Beeinträchtiggung des Güterumschlags für einige Stunden an diesem Tag in Kauf: den was sind diese paar Stunden gegen die Ermordeten im Krieg, mitermöglicht durch den Bremer Senat, was die paar Mark Mehrkosten gegenüber den Millionen, d   die Bremer Lagerhausgesellschaft durch den Kriegsumschlag zusätzlich machte!

zur Dauer der Aktion

Die Dauer unserer Störaktionen vor der Kaserne und dem Nordausgang des Hafens wollen wir nicht von vorneherhein begrenzen, doch wollen wir uns gemeinsam wieder zurückziehen.

zur Koordinierung

Während der Aktion werden notwendige Entscheidungen von einem "Sprecherrat", bestehend aus VertreterInnen der verschiedenen Städte und "Bezugsgruppen" getroffen. Ein Informationssystem wird organisiert, welches eine ständige Koordinierung während der Aktion ermöglicht. Wichtig wird dies besonders bei einer gleichzeitigen Aktion am nördlichen Hafenausgang.

Was tun bei Polizeieinsätzen?

Was die Polizei macht, wissen wir nicht. Mit geeigneter Kleidung kann man sich aber gegen bestimmte Grobheiten ganz gut schützen. Der entscheidende Schutz ist sowieso die öffentliche Unterstützung, die die Aktion findet.
Unsere Aktionen werden jederzeit verantwortungsvoll das Wohl und die Unversehrtheit aller AktionsteilnehmerInnen als Handlungsweisung haben.

zum Erfolgskriterium

Wir bilden uns nicht ein, den Nachschubumschag effektiv lange verzögern zu können, geschweige denn den Krieg. Doch durch unsere Aktion wird der Zustand beendet, in dem 10 000 de sich zwar gegen den Krieg wenden, trotzdem der Kriegsumschlag unbehelligt und pünklich seinen Gang geht. Wenn wir dort im Weg sind, wo der Krieg konkret abgewickelt wird, zwingen wir die Obrigkeit und insbesondere den Bremer Senat auch zu einer politischen Auseinandersetzung.
Die Erfolgsaussichten sind nicht klein, den Bremer Senat durch eine große und starke Aktion zu zwingen, den Umschlag nicht mehr mitverantworten zu "wollen".

Vorbereitung auf die Aktion

Manches alte hat sich durchaus bewährt. Geht womöglich nicht alleine zu den Störaktionen. Schließt euch mit Bekannten/Verwandten zusammen in kleine "Bezugsgruppen". überlegt euch eigene "Beitrage" wie kleine Theaterstücke, gute Transparente, Parolen, Blockademöglcihkeiten etc.pp.
Allerdings wird es auch für Einzelmenschen möglich sein, sich zu beteiligen.

Öffentlichkeitsgruppe

Eine öffentlichkeitsgruppe sorgt dafür, die Bevölkerung und die Presse zu informieren.

taz v. 11.1.91

Insgesamt sind bisher mindestens 54 Schiffe mit Kriegsmaterial aus Bremerhaven an den Golf abgefahren. Transportiert wurden dabei Panzer, LKWs, Tankwagen, Geschütze, jede Menge Hubschrauber, aber auch Munition. Offiziell wird Munition nur über den Midgard-Hafen in Nordenham verladen. Die Amerikaner hatten für den Transport Schiffe in verschiedenen Ländern gechartert. Die Materialverschiffung gehe auch in nächster Zeit noch weiter, berichtet Heinz Müller.

Auch für die Bundesbahn war die Vorbereitung zum Golfkrieg ein großes Geschäft. Vom 14. November bis zum 17. Dezember wurden 668 Güterzüge eingesetzt, um Kriegsmaterial und Munition zu den Nordseehäfen Antwerpen, Rotterdam, Nordenham und Bremen zu transportieren. Seit Mitte Dezember fahren pro Nacht zwei oder drei Munitionszüge nach Norddeutschland. Ein Sprecher der Bundesbahndirektion in Mainz sagte, daß zur Zeit auch LKWs tranportiert würden, die die Tschechoslowakei an die US-Army verkauft habe. och

Schlafplätze

Schlafplätze wird es für Auswärtige in Bremerhaven und Bremen geben. Wer welche zur Verfügung stellen kann, möge teleg. Bescheid sagen.

Ermittlungsausschuß

Die Nummer des Ermittlungsausschusses wird noch bekanntgegeben. Der Ermittlungsausschuß (EA) kümmert sich um Festgenommene .

Vorbereitungstreffen

Jeden Montag Golfplenum, beim BDP, Hulsberg/Stederstr., 20°°
In Bremen ist das letzte Vorbereitungstreffen am Dienstag, den 22.1.91 um 20 Uhr im Naturfreundejugendhaus, Buchtstr.14/15
In Bremerhaven ist Vorbereitungstreffen am 21.1.91, 19³⁰ im Grenzenlos, 0471/51309

Für Leute , die in Bussen nach Bremerhaven wollen ist Abfahrt am 26.1. um 9.30 am Schlachthof. Meldet euch umgehend für Busplätze an.

Kontakttelefon in Bremen: Koordinierungsbüro gegen den Golfkrieg: 0421/32 35 30

Kein Blut für Öl!

Vor einem halben Jahr besetzte der Irak in einer kriegerischen Aktion das Ölscheichtum Kuwait. Seit diesem Zeitpunkt befinden sich die USA und ihre Verbündeten auf Kriegskurs. Wenn der Truppenaufmarsch abgeschlossen sein wird, haben die USA am Golf ein Kriegspotential angehäuft, das den im Vietnam-Krieg eingesetzten Streitkräften entspricht. Ausmaß und Folgen des drohenden Krieges sind kaum abzuschätzen.
Wir fordern eine nicht-militärische Lösung der Probleme im Nahen Osten und den Abzug aller dort aufmarschierten Truppen!

Westliche Staaten, die heute einen Angriff auf den Irak fordern, haben an erster Stelle dazu beigetragen, diesen zu seiner Aggressionspolitik zu befähigen, indem sie ihn im Krieg gegen den Iran hemmungslos mit Rüstungsgütern versorgten.
Wir fordern ein totales Verbot aller Rüstungsexporte!

Die Vorbereitungen des Angriffskrieges der USA gegen den Irak spielen sich direkt vor unseren Augen ab und finden mit Hilfe der Bundesregierung und des Bremer Senats statt: Durch Bremen rollen die Munitionstransporte, die in Nordenham umgeschlagen werden; Bremerhaven hat eine zentrale Funktion für den Aufmarsch der amerikanischen und britischen Truppen im Nahen Osten. Im Bremerhavener Hafen wird der Krieg vorbereitet!
Keine Verschiffung von Kriegstruppen und -Material über Bremerhaven!
Wir lehnen jede direkte und indirekte Beteiligung der BRD an militärischen Aktionen am Golf ab!

Die Bundesrepublik ist schon tief in die Kriegsvorbereitung verwickelt. Jetzt werden ohne Parlamentsentscheidung über 200 Soldaten und 18 Kampfflugzeuge im Rahmen einer „Schnellen Eingreiftruppe" der NATO in die Türkei nahe der irakischen Grenze verlegt. Die Kohl-Regierung will nach der Wahl das Grundgesetz ändern, um die Bundeswehr künftig ohne Begrenzung außerhalb des NATO-Auftragsbereichs einsetzen zu können. Die SPD ist zufrieden, wenn dies nur im „Rahmen der UN" geschieht.
Wir sind gegen jede Grundgesetzänderung in dieser Frage!

Die Soldaten und künftigen Rekruten der Bundeswehr rufen wir auf: Laßt Euch nicht als Kanonenfutter für die ökonomischen und strategischen Interessen der NATO-Staaten mißbrauchen!
Den GI's, die sich nicht in der Wüste verheizen lassen wollen, gilt unsere Sympathie und Unterstützung.
Verweigert den Kriegsdienst! Sagt nein, wenn Ihr in einen Krieg irgendwo auf der Welt geschickt werden sollt!
Keine Kriminalisierung von Kriegsgegnern und Deserteuren!

Den Aufruf unterstützen: Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA); BIFA Leherheide; DFG-VK; Frauenbündnis Bremerhaven (Frauen für den Frieden Langen, Autonome Arbeitsgruppre, „Frauen machen Geschichte", Pro Familia Bremerhaven, Matrix); Grünes Frauenforum Kreis Cuxhaven; Die Grünen, Kreisverband Bremerhaven; PDS / LL-Initiativkreis; Kreis Bremerhavener Linker; KB; Naturfreundejugend Bremen; Evangelische Jugend Bremerhaven; GEW; Schwule Aktion Brhv.; Friedensinitiative Lunestedt; Autonome Antifa; Grenzenlos — Demokratischer Arbeiterverein der Türkei; Türkischer Arbeiterverein; Türkischer Solidaritätsverein; Stadtschülerring Brhv. (SSR) Jungsozialisten; BUKO-Kampagne gegen den Rüstungsexport; Golfplenum; Bremer Friedensforum; DFG-VK Landesverband Bremen / Niedersachsen; KB-Bremen; Grüne Bürgerschaftsfraktion Bremen; Osternburger „Friedenstäubchen"; Redaktion Graswurzelrevolution; DFG-VK Landesverband Hamburg / Schleswig-Holstein; DFG-VK Emden.

Samstag, 26.1.91
BREMERHAVEN
Überregionale Aktion gegen den Golfkrieg
(Bremerhaven ist der größte US-Militärumschlagplatz und der Sitz des US-Marinekommandos in Europa)

ab 11 Uhr: mobilisierende Aktionen in der „Bürger" (Innenstadt)
12 Uhr: Kundgebung auf dem „Leher Markt" (Ende Hafenstraße)
13 Uhr: Demonstration zur US-Kaserne mit Zwischenkundgebung im US-Wohngebiet „Blink" (mit einem US-Army-Deserteur)
ab 15 Uhr: Kundgebung vor der Carl-Schurz-Kaserne, anschließend direkte Störaktionen

V. i. s. d. P. Claus Ludwig

Sorry für die Bleiwüste, aber für layout war keine Zeit

GESCHICHTE DES IRAK

Vorgeschichte des Irak

Irak ist zu allererst ein Staat, der existiert, weil er von den kolonialistischen Mächten so geschaffen worden ist. Im Ersten Weltktieg eroberten die Briten Bagdad und das Gebiet des heutigen Irak (die Eroberung kostete ca. 98.000 Leben; für die Engländer starben v.a. Kurden). Die Besetzung Mesopotamiens (d.h. des Iraks) nutzten die Engländer, um in Mesopotamien eine kolonialistische Verwaltung im indischen Stil mit dem Zentrum in Bagdad aufzubauen.

Als Großbrittanien nach der Eroberung Mesopotamiens vom Völkerbund (der von den Großmächten der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten staatenübergreifenden Institution zur Wahrung ihrer Interessen) 1920 das Mandat über die drei Provinzen Basra, Mosul und Bagdad erhielt, existierte dort schon eine 1912 unter Beteiligung von britischem, niederländischem (Royal British and Dutch Shell Company!), deutschem (Deutsche Bank!) und ottomanischem Kapital gegründete Gesellschaft, die vom türkischen Sultan Schürfrechte für die kurdische Provinz Mosul und die arabische Provinz Bagdad erhalten hatte. Schon im Ersten Weltkrieg hatte England in Mesopotamien (Gebiet des Irak) Truppen vor allem deshalb gelandet, um die Ölfördereinrichtungen bei Abadan am Shatt el-Arab, der wichtigsten Wasserstraße Mesopotamiens, zu schützen.

Nachdem die Franzosen 1919 ihren aus Vorkriegszeiten stammenden Anspruch auf die Provinz Mosul in Austausch für den während des Krieges konfiszierten Kapitalanteils der Deutschen Bank an der Turkish Petroleum Company aufgegeben hatten, wurde von den Briten in Mesopotamien mit dem Aufbau einer arabischen Verwaltung mit Kompetenzen im innenpolitischen Bereich begonnen.

Die Übernahme des Mandats über Irak 1920 durch die Engländer wurde begleitet durch eine eine Revolte, die dem Mandat die Forderung nach einem unabhänigen arabischen Staat entgegenstellte. Diese Revolte konnten die Engländer nur mit Mühe und mit hohem Verlusten an Leben niederschlagen.

Die Lehre, die die Engländer daraus zogen, war die sogenannte "Arabische Lösung", d.h. die Einsetzung eines arabischen Marionettenkönigtums, welches die Interessen der Engländer (Schürfrechte, Militär- und insbesondere Luftwaffenstützpunkte) durchsetzte, ohne daß direktes Eingreifen seitens der Engländer nötig werden würde.

Nach einigem Widerstand gegen diese auf der Kairo Konference im März 1921 beschlossen Pläne innerhalb der Kolonialverwaltung wurde Faisal, einer der Führer der Revolte von 1920 am 23. August 1921 zum König über Irak gekrönt. Die soziale Basis für Faisals konstitutionelles Königtum bestand in den Scheichs der Stämme auf dem Land, die von der britischen Verwaltung Eigentumsrechte an dem von ihren Stämmen bewohnten Land bekommen hatten. Durch Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bauern, wodurch die Scheichs fast völlige Verfügungsfreiheit über die Bauern erhielten, entwickelten sich auf dem Land feudale, geradezu mittelalterliche Lebensverhältnisse, auf denen die Macht der Scheichs bis zur Bodenreform seit 1958 fußte.

Da die Briten immer noch auf ihren durch das Mandat legitmierten Kolonialrechten beharrten, hatte Faisal als konstitutioneller König wenig eigene Enscheidungsgewalt. Trotzdem existierte eine Verfassung nach britischem Muster: ein Zweikammerparlament, allerdings mit weitgehenden legislativen Rechten für den König (z.B. Einsetzung der Minister). In der Zeit bis zur Revolution von 1958 war Politik im Irak im Grunde ein Spiel, an dem nur eine kleine Elite von ca. 50 Menschen teilnahm, die sich gegenseitig aus den Ministerposten und den Schlüsselpositionen der Verwaltung drängte.

Mosul, kurdische Provinz, kam vor allem auf Betreiben der Briten zum Irak. Grund dafür war das Interesse der Engländer an den dortigen Ölvorkommen (die ersten, die auf dem Gebiet des Irak ausgebeutet wurden), die sie nur dann ungestört ausbeuten konnten, wenn sie die politische Kontrolle über dieses Gebiet mit Hilfe von Faisal ausübten. Außerdem hatte Faisal als Sunnit, einer der beiden großen Konfessionen des Islam, kaum Aussicht, sich in einem Land durchzusetzen, welches von Schiiten dominiert würde; ohne die kurdischen und arabischen Sunniten Mosuls wäre dies der Fall gewesen.

Irak als politische Einheit geht auschließlich auf die Initiative der Briten zurück. Erst nach der Gründung des Staates beginnt sich, da so etwas in das Herrschaftskonzept der Briten paßt, ein irakischer Nationalismus herauszubilden, der aber vom Pan-Arabismus überschattet bleibt. Nicht nur das Staatsgebilde ist britischer Herkunft, auch die künstlich stabilisierten Herrschaftsverhältnisse mit künstlichem Feudalismus auf dem Land, schwacher ArbeiterInnenklasse und schwacher Bourgeoisie in der Stadt sind 'Made in Great Britan'. Irak ist britische Kolonie.

Von der formalen Unabhänigkeit bis zur Revolution

Faisal, selber arabischer Nationalist, drängte auf Unabhänigkeit des Iraks von England, die formal 1932 in einer Neufassung des Irakisch-Britischen Vertrags auch gewährt wurde.

Aber nicht nur in der Entstehungsgeschichte des Iraks sondern auch in der folgenden Zeit wurde die Politik im Irak vollständig von äußeren Mächten bestimmt. Die Turkish Petroleum Company, umbenannt in Iraq Petroleum Company (IPC) war neben den Briten, die auch nach der Unabhänigkeit des Irak dort noch Truppen staioniert hatten, der entscheidende Machtfaktor.

Außerdem wurde die irakische Armee, gegründet zusammen mit der arabischen Verwaltung 1920 (also lange vor der formalen Unabhänigkeit), zunehmend wichtig, da sich Faisal gegen Stammesaufstände auf sie stützen mußte (z.B. 1933 im assyrischen Aufstand, der in einem Massaker endete). Die irakische Armee wurde aufgebaut und trainiert von Briten, die sich soweit auf diese Armee verließen, daß sie ihrerseits begannen die im Irak stationierten britischen Truppen zu reduzieren.

Der anwachsende politische Einfluß der Armee dokumentiert sich deutlich in einigen Staatsstreichen der Militärs in der Zeit '36-'41, die jeweils zur Umstrukturierung der Regierung, nicht aber zur Ablösung des Königs führten. In diese Angelegenheiten mischten sich die Briten nicht ein.

Mit Anwachsen und mit zunehmender Bedeutung der Städte entwickelte sich auch im Irak eine ArbeiterInnenbewegung: Streiks, Rebellionen, Aufstände, so z.B. 1947 gegen die Neufassung des irakisch-britischen Vertrages, der den Briten Einfluß im Irak und das Recht gab, dort weiterhin Truppen zu stationieren, oder der "Große Marsch" von 30.000 Arbeitern einer Ölpumpstation zur Hauptstadt Bagdad.

Mit der ArbeiterInnenbewegung entwickelten sich nach westlichem Vorbild auch Gewerkschaften und eine Kommunistische Partei (ICP), die eine etwas undurchsichtige Rolle im Irak spielte. Als Partei die meiste Zeit verboten, hatte sie anscheinend doch recht großen Einfluß auf die ArbeiterInnen. Bedeutende Streiks scheinen aber auch ohne Beteiligung der ICP oder der Gewerkschaften stattgefunden zu haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich wieder die Beteiligung der Großmächte an der IPC. Standard Oil und Mobil (US-amerikanische Firmen) stiegen als Gesellschafter ein, indem sie den französischen Kapitalanteil aufkauften.

Trotz eigener Verwaltung und formaler Unabhänigkeit ist Irak in dieser Zeit nicht anderes als eine britische Kolonie mit den typischen Kennzeichen: große Armut, Ausbeutung der Rohstoffe durch und Konzentration des Handels auf das 'Mutterland', wenig verarbeitende Industrie, Stationierung von fremden Truppen, keine eigene Außenpolitik. Aber ArbeiterInnenklasse und Bourgeoisie gewinnen mit Steigerung der Ölförderung und mit beginnender Industrialisierung zunehmend an politischer Bedeutung. Langsam zerbrechen die von den Briten künstlich stabilisierten Herrschaftsverhältnisse, da der rüchschrittliche landwirtschaftliche Sektor als Machtbasis für die Erhaltung der Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Monarchie gegenüber den industrialisierten Städten kaum noch ausreicht.

Revolution, Unabhänigkeit und Aufstieg der Baath

Die Zeit vor der Revolution in 1958 war gekennzeichnet von Armut großer Teile der Bevölkerungen, von einer äußerst zurückgebliebenen Landwirtschaft mit feudalistischen Zügen, von mächtigen Großgrundbesitzern (die sich erfolgreich gegen jede Besteuerung gewehrt hatten), von 80% AnalphabethInnen und dem völligen Fehlen irgendwelcher sozialer Einrichtungen (z.B. keine ausreichende ärztliche Versorgung, keine Arbeitslosen- oder Krankenversicherung, nicht ausreichende Bildungseinrichtungen).

1958 erweisen sich dann die sozialen Spannungen für die bestehende Regierung zu groß. In einer außenpolitischen Konfliktsituation (revolutionär eingestellte Militärs befürchteten, daß die Regierung eine Intervention Jordaniens plane) kommt es zum Staatsstreich, der sofort Massenunterstützung aus allen Landesteilen erhält. Diese Masenunterstützung wird allgemein als Grund dafür angeführt, daß es nicht zur Intervention durch die Briten oder Amerikaner kam. Unterstützt wurde diese Reaktion der Bevölkerung auf den Putsch durch die Anfang 1957 erfolgten Zusammenschluß aller Oppositionsparteien (Baath-Partei, ICP, Nationaldemokratische Partei) zu eine Nationalen Einheitsfront gegen die Monarchie.

Mit der Revolution, in der Oberst Quasim Präsident wurde, wurden einige Reformen durchgeführt. Die Monarchie wurde abgeschafft und eine Bodenreform begonnen, die die Macht der Scheichs auf dem Lande brach. Die britischen Truppenbasen wurden geräumt, der irakische Dinar (ID) vom englischen Pfund Sterling abgekoppelt und es wurden diplomatische Beziehungen mit den damals als sozialistisch bezeichneten Ländern aufgenommen. Auch soziale Programme wie Wohnungsbauprogramme in den Slums, eine Begrenzung des Profits bei Lebensmitteln auf 15% und deutliche Preisreduzierungen bei Grundnahrungsmitteln wurden durchgesetzt. Wichtigster Schritt der Revolutionsregierung war aber die Zurückdrängung der Macht der IPC. Das Konsessionsgebiet, ursprünglich die gesamte Fläche des Irak wurde auf 748 Quadratmeilen (ca. 0,5% der Fläche des Irak) beschränkt.

Die Maßnahmen, die Quasim nach der Revolution durchsetzte, bringen dem Irak staatliche Unabhänigkeit zumindest in soweit, daß sein Status vergleichbar wird mit dem anderer dekolonialisierter Länder.

Mit Quasim regierten scheinbar die mittleren und unteren Schichten des Bürgertums: die Macht der Großgrundbesitzer wurde ebenso wie die der relativ kleinen Schicht der Großbourgeoisie gebrochen: Es wurden Grundlagen für eine demokratische Reform geschaffen, aber das Eigentumsrecht blieb unangetastet.

In dieser Zeit scheinen Parteien an Bedeutung gewonnen zu haben. Die (ich stütze mich hier auf eine ICP-nahe Quelle, also mit Vorsicht zu genießen) ICP scheint durch ihre klandestine Organisationsform und die in Europa erprobte "Zellenbauweise" relativ große Teile der ArbeiterInnenschaft (die als Klasse aber noch kaum machtpolitische Bedeutung hatte) organisiert zu haben. Die Baath-Partei hat dagegen 1958 ca. 300 Vollmitglieder und 1000 bis 3000 UnterstützerInnen. Bis 1963 scheint die Zahl der UntersützerInnen der Baath auf 15.000 angewachsen zu sein. Die Nationalisten und die Nasseristen (die wie die Baath-Partei die Vereinigung mit der 'Vereinigten Arabischen Nation Syrien und Ägypten' forderten) waren eher lose Gruppen, allerdings mit z.T. recht großer AnhängerInnenschaft.

Quasim, dem Nähe zu den wieder einmal verbotenen Kommunisten nachgesagt wurde, wurde 1963 von einer Koaltion aus Nationalisten und der Baathpartei durch die Armee aus dem Amt geputscht. Der Putsch von '63 führte zu großen Unruhen und Aufständen v.a. in der Stadtbevölkerung. Die Baath-Partei, der es bald gelang, die Nationalisten aus der Putschregierung zu drängen, baute eine 'Nationalgarde' auf, die laut Report des britischen Außenministeriums im Stil der SS organisiert war. Hauptaufgabe der Nationalgarde war die Unterdrückung der Oppostion: in den ersten drei Tagen wurden 5.000 Mitglieder der kommunistischen Partei umgebracht. Die kommunistische Partei baute daraufhin Guerillaeinheiten in kurdisch Mosul auf.

Der 'Nationale Rat des Revolutionären Kommandos', die neue Regierung, trat bald nach dem Putsch in Verhandlung mit der IPC, um die Einkünfte aus der seit der Revolution von 1958 stagnierenden Ölförderung zu erhöhen. Ohne die Reduzierung des Konsessionsgebiet zurückzunehmen wurde doch eine Zwischenlösung gefunden und IPC erhöhte Förderung und Export um ca. 15%.

Nach dem Putsch wurde auch der 1958 unterbrochene Krieg gegen die Kurden wiederaufgenommen.

Die Baath konnte sich nicht lange halten. Schon im November, nachdem ein von den Kommunisten geleiteter bewaffneter Aufstand im Juli niedergeschlagen worden war, putschte die Armee die Baath aus der Regierung.

Die nationalistischen Offiziere versuchten nach der Auflösung der Baath-Organsationen wie z.B. der Nationalgarde wieder in Verhandlung mit der IPC zu treten. Nachdem eine eigene, nationale Ölfördergesellschaft (INOC) gegründet worden war, wurde im Vorfeld eine Vereinbarung mit der IPC getroffen, die dieser die Verfügung über das bedeutende Ölfeld von Nord Rumaila gegeben hätte. Doch öffentliche Proteste gegen diese Pläne bewirkte, daß die Verträge nicht ratifiziert wurden.

Mit Ausnahme eines kurzen Waffenstillstandes wurde weiterhin Krieg gegen die Kurden geführt, der bis zu $270 Millionen pro Jahr kostete.

Trotz Repressionen entwickelte sich in den Jahren '63 bis '68 eine demokratische Bewegung, die aber einen weiteren Staatsstreich der Baathpartei im Jahr 1968 nicht verhinderte.

Mit der Machtergreifung der Baath kam es wieder zu Verfolgungen und Unterdrückung der Opposition, insbesondere auch der Kommunisten. Der Krieg gegen die Kurden wurde weitergeführt. Die Baath baute ihre Einparteienherrschaft durch Einführung von Baath-Massenorganisationen und durch Einbeziehung der Baath-Partei in den Sicherheits- und Überwachungsapparat (Blockwarts, Verwaltungspositionen und Offizierspatente nur für Baathmitglieder etc.) zügig aus.

Die Baath versuchte, Irak wirtschaftlich zu sanieren. Doch dies erweies sich als unmöglich, da die wirtschaftliche Macht der IPC ungebrochen war. Als die Verhandlungen über eine Neuberechnung der Abgaben der IPC an den irakischen Staat scheiterten und im Gegenteil die IPC ihre Macht, die Staatseinkünfte zu kontrolieren durch extreme Drosslung der Förderung demonstrierte, kam es in zwei Schritten zur Nationalisierung der IPC. Das Staatseinkommen aus Öl stieg danach innerhalb von 4 Jahren 16-fach auf $8.000 Millionen in 1975.

Da die IPC weitere Erschließung boykottierte und ihr Fachpersonal zurückzog, mußte sich die Regierung des Irak an anderer Stelle das nötige "Know-How" holen. Ein Vertrag zwischen der UdSSR und Irak sah die gemeinsame Erschließung des vielversprechenden Ölfeldes von Nord Rumaila vor. Schon anderthalb Jahre nach Vertragsabschluß, also 1973, begann die Förderung.

Zu einer Liberalisierung in der politischen Landschaft kam es zwischen '73 und '78, als Oppostionsparteien (u.a. die ICP) in der 'Patriotischen Front' an der Regierung beteiligt wurden. Diese Periode der Öffnung endete mit der Verhaftung aller als Nicht-Baath Mitglieder an der Regierung beteiligten Menschen und deren Verurteilung als Agenten des Zionismus und Imperialismus. Der Verzicht auf die Beteiligung der Opposition an der Regierung wurde v.a. auch deshalb möglich, weil es der Baath gelungen war, den Oppostionsparteien durch materielle Zugeständnisse an die ArbeiterInnen, die aus den Petrodollars finanziert wurden, die soziale Basis, auf der ein Aufstand gegen die Baath hätte Erfolg haben können, zu nehmen.

Seit 1979 Saddam Hussein (dessen politische Laufbahn mit einem fehlgeschlagenen Attentat auf Quasim, Regierungschef nach der 58'iger Revolution, begann) durch einen Baath-internen Putsch zum Präsident des Irak wurde, setzte eine Medienkampagne eine, die ihn als "Sohn der Nation" und "Denker mit strategischem Geist" darstellte.

Die Außenpolitik der Baath bestand grob gesagt in einem Streben nach Hegemonie in der Golfregion. Der wirtschaftliche Hintergrund des Hegemoniestrebens war die Abhänigkeit des Irak vom politischen Wohlwollen anderer Staaten betreffs des Ölexportes, da der Irak nur über eine relativ kurze, zum Bau von Hafenanlagen für Supertanker kaum geeignete Küstenlinie am Golf verfügte und deshalb von Pipelines durch Nachbarstaaten abhänig war. Das Streben nach Hegemonie richtete sich nicht Richtung Syrien, Saudi-Arabien oder Iran, die militärisch und wirtschaftlich zu stark waren, sondern gegen die relativ kleinen Staaten (Kuwait, Bahrein, Katar etc.) an der Westküste des Golfs. Doch mit den Nachrichten über die beinahe vollständige Auflösung der iranischen Armee im Zuge der dortigen Revolution sah Saddam seine Chance, auch in dieser Richtung seinen hegemonialen Anspruch geltend zu machen. Mit der Provozierung eines Grenzkonflikts begann der als Blitzkrieg geplante Überfall auf den Iran, der sich zu einem langen Stellungskrieg ausdehnte.

Die Revolution von 1958 und die Nationalisierung der IPC führten zur staatlichen Unabhänigkeit des Irak. Die hohen Einkünfte aus dem Ölexport konnte die regierende Baath nutzen, um einem Aufstand gegen ihre Herrschaft die soziale Basis zu nehmen. Gleichzeitig gelang der Baath der Aufbau eines in alle Lebenslagen der Bevölkerung restriktiv eingreifenden Staates. Gegen die Kurden wurde weiterhin ein Vernichtungskrieg geführt, mit Deportationen von ca. 350.000 Menschen, Gasangriffen auf die Zivilbevölkerung und immer neuen militärischen Offensiven gegen die aktive Guerllia. Sowohl dieser Krieg als der gegen den Iran wurde mit Petrodollars finanziert.

Versuch der Industrialisierung des Irak durch die Baath

Seit 1968 versuchte die Baath, den Irak durch Investionen ungeheuren Ausmaßes zu industrialisieren. Der Staatshaushalt stieg bis 1980 kontinuierlich auf Grund der steigenden Einnahmen aus dem Ölexport an. Noch 1972 betrugen die Einnahmen des Staates aus dem Ölexport $575 Millionen. Acht Jahre später waren es $26.500 Millionen. Diese hohen Summen machten Staatsinvestitionen in allen Sektoren der Ökonomie möglich. Besonderen Wert wurde auf Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur gelegt, da die Ölindustrie alleine den Ausbau einer tragfähigen Infrastruktur für verarbeitende Industrie nicht förderte. Weder Ölpipelines noch Ölterminals sind für andere Industriezweige nutzbar. Da das technische Fachpersonal meistens aus eurpäischen Ländern stammte, führte der Ölboom auch nicht zu einer bedeutenden Verbesserung des Bildungssystems.

Mit Hilfe der Petrodollars wurde mit dem Aufbau einer Industrie begonnen. Zuerst wurde neben der ölexportierenden die ölverarbeitende Industrie gefördert. Ganze petrochemische Fabriken wurden in Europa für den Irak geplant und dann dort gebaut. Da alles von der Planung bis zum Bau einer Firma überlassen wurde, waren die Profite, die dann ins Ausland flossen z.T. riesig.

Neben ausländischen Firmen wurden aber auch irakische mit dem Bau von Industrieanlagen, Straßen, Eisenbahnen, Häusern, Hafenanlagen etc betraut. Dies führte zu einem gewaltigen Boom in der Bauindustrie, insbesondere da die irakische Nationalbank für Firmenneugründungen manchmal über 100% des benötigten Kapitals ohne Zinsen zur Verfügung stellte.

Da die Vergabe von Aufträgen eng mit den Verbindungen der Baufirma zur Baathpartei zusammenhing, entstand bald eine mächtige soziale Basis der Baathpartei: die boomende Bauindustrie. Da hier ungeheure Profite möglich waren, existierten bald hunderte von Baufirmen, deren Eigentümer auch bald ein Bewußtsein als eigene soziale Schicht innerhalb der Großbourgeoisie entwickelten. Und da der eigentliche verarbeitende Sektor der irakischen Industrie wegen unzureichender Investionen im Bildungs-, Transport-, Agrar- und Manufakturbereich relativ klein blieb (1980 betrug der Anteil der verarbeitenden Industrie 6,85% am Bruttosozialprodukt vergliechen mit 7.02% allein des Baugewerbes oder 56,17% der Rohölindustrie) gewann die private Bauindustrie (im Gegensatz zur durch Staatsfirmen dominierten verarbeitenden Industrie) bald bedeutenden Einfluß auf die Wirtschafts- und Investionspolitik der Baathpartei.

Gerade Irak ist ein klassisches Beispiel dafür, daß weder Einparteienherrschaft noch die Konzentration der gesamten Investionskraft beim Staat automatisch zu einer Art Staatssozialismus nach Vorbild der UdSSR führen. Obwohl der Staat im Irak als Eigentümer von Produktionsmitteln dominiert, ist doch das private Baugewerbe bestimmend für die Wirtschaftpolitik.

Die trotz massenhaftem Kapitalexport und unglaublichen Fehlinvestitionen stetig wachsende Industrie führte in den siebziger Jahren zu einer Verknappung der Ware Arbeitskraft. Den in dieser Situation aufkommenden Forderungen nach Erhöhung der Löhne begegnete die Baath durch Import von von billigen Arbeitskräften aus anderen arabischen Staaten.

Auf den Lebenstandard der Bevölkerung hatte die Industrialisierung jedoch kaum Einfluß. Noch '78 lebte ein Viertel der Bevölkerung in Lehmhütten, Zelten oder Slums. Die durchschittlichen Einkommen stagnierten seit 1968, oder, verglichen mit der gallopierenden Inflation (eine Folge der schlechten Investionspolitik) sie sanken eher noch.



Die Ideologie der Baath-Partei

Im Folgenden nur ein kurzer Abriβ der Ideologie und Übersetzung einiger besonders interessanter 'Dokumente'.

Die Baath-Partei wurde 1944 in Syrien gegründet. Sie fuβt vor allem auf die sich seit den zwanziger Jahren ausbreitenden Gedanken den Pan-Arabismus. Grundlegender Ideologe und lange Zeit Führer der Baath-Partei erst in Syrien und nach der Spaltung im Irak war der in Frankreich erzogenen Michel 'Aflaq.

Michel 'Aflaq hatte groβe Sympathien für Deutschland. Er sah folgende Parallele: Das einst zersplitterte und unter Bismarck geeinte Deutschland sei zwar im Krieg besiegt, dann aber durch einen neuen 'Geist des Nationalismus' wiederbelebt und stark geworden. Genauso sei es mit der arabischen Welt, welche sich von Marokko nach Persien erstreckt, welche durch Franzosen und Briten zerstückelt worden sei, und welche -durch einen neuen Nationalismus geeint- zu einer Weltmacht werden könne. Damit könne an die Stellung der Vorfahren angeknüpft werden, die weite Teile Europas dominierten.

Der anvisierte 'neue Nationalismus' stehe auf den Säulen des Islams und der darin implizierten mystischen Heiligkeit des Vaterlandes.

Neben Nationalismus, den, wenn auch in anderer Form, auch die Kommunisten vertraten, ist das zweite Kernstück der Ideologie der Baath der Sozialimus. Der Sozialismus sei, so der Achte Kongress der Baath 1974, natürlich für die arabische Nation und "eine grundlegende Vorraussetzung für die Befreiung, Einheit und Wiedergeburt der arabischen Nation." Im Parteistatut der Baath (Artikel 4) liest sich das dann so: "Die Baath-Partei glaubt, daβ Sozialismus sich notwendig aus der Tiefe des arabischen Nationalismus entwickelt. Sozialismus ist in der Tat die ideale Gesellschaftsordnung, welche das arabische Volk in die Lage versetzt, seine Möglichkeiten zu verwirklichen..." In diesem Sinne bezieht sich die Baath auch auf 'Klassenkampf', da der Hauptwiderspruch in der arabischen Welt heute im Verhältnis der arabischen Massen zum Imperialismus bzw. Zionismus liege.

Die Vorstellung von Sozialismus ist allerdings eine seltsame: Denn laut Artikel 34 des Parteistatuts sind "Eigentum und Erbe...zwei natürliche Rechte. Sie sind geschützt innerhalb der Grenzen des nationalen Interesses." Sozialismus ist also nicht Vergesellschaftung, sondern eher Verstaatlichung. Artikel 24: "Die Baath-Partei ist eine sozialistische Partei. Sie glaubt, daβ der ökonomische Reichtum des Vaterlandes der Nation gehört."

Im offiziellen Organ der Baath, "al-Thawra", wird Saddam Hussein so zitiert: "Sozialismus heiβt nicht die gleichmäβige Verteilung des Reichtums zwischen den Wohlhabenden und den Armen; dies wäre zu unflexibel. Sozialismus ist vielmehr ein Mittel zur Steigerung der Produktivität."

Die Arbeiterklasse hat laut "al-Thawra" eine historische und eine nationale Rolle in der Gesellschaft zu spielen. Und die Einbeziehung des Arbeiters in den Staat sieht "al-Thawra" folgendermaβen: "Der Arbeiter ist ein Staatsbürger, weil er ein Sohn des Volkes ist: dies ist die Beziehung, aus welches sich seine Rechte und Pflichten definieren. Deshalb ist seine Klassenzugehörigkeit seiner Staatszugehörigkeit untergeordnet. Und da seine Rolle als Staatsbürger sich aus seiner Rolle im Kampf als Sohn des Volkes bestimmt, wird daher das Volk seine Rechten und Pflichten festlegen. Da der sozialistische Staat der Staat des Volkes ist, gibt es keinen Klassenkampf." Auβerdem ist die Beziehung zwischen Arbeiter und Baath-Partei genauso harmonisch, da die Baath-Partei die Partei der Massen ist.

Mit der Fixierung auf Saddam Hussein entwickelt sich auch ein gewaltiger Personenkult, der Saddam zum edlen Ritter und edlen Sohn der Nation macht. Saddam sei das leuchtende Vorbild, der neue Mensch, der "Sohn des Euphrates und des Tigris, Sohn des Barada, des Nils, Son von Damaskus und Amman, von Kairo und Casablanca, und Sohn jeder irakischen Stadt, Sohn des irakischen Volkes, der irakischen Erde und der irakischen Luft, der arabischen Heimat und der arabischen Nation." Diese Verbildlichung des Pan-Arabismus zeigt nocheinmal eine der Wurzeln der Baath-Ideologie.

Zusammen mit dem Gesagten über die im Stil der SS organisierte Nationalgarde, über die Massenorganisationen für die Jugend, Frauen, Arbeiter, Kinder, Bauern etc., über die Blockwarte und die Einbeziehung der Parteiorganisation in den Sicherheitsapparat sowie den Führerkult und nicht zuletzt den 'national-sozialistischen' Grundlagen der Ideologie der Baath kann die Baath und damit das Herrschaftsystem im Irak als durchaus faschistisch bezeichnet werden.

Mit Hinblick auf den im Anti-Zionismus vorhandenen Antisemitismus und auf die Verfolgung der Kommunisten ist es fast denkbar, von einer islamisierten Form des Nationalsozialismus zu sprechen.

Soviel zu Begriffen.

Was noch fehlt, ist eine Darlegung der Entwicklung der Wirtschaft, des politischen Systems, der äuβeren Abhänigkeiten während des Kriegs gegen den Iran, ein näheres Eingehen auf den Krieg gegen die Kurden und nicht zuletzt eine Untersuchung der Position der Frauen im Irak. Auβerdem noch eine Darlegung des Anlasses des Kuwaitkonfliktes.

Kommentierte und wählerische Zusammenfassung von: "Saddam's Irak", published by Zed books, hrgs. von CARDI (Committee against Repression and for Democracy in Irak)

das alte m99-kollektiv ist wieder da !

NACHLADEN

cuvrystr.21 ★ 1000.berlin 36

montag ladies only
di - fr 14-18 uhr

BÜCHER - INFOS - KOPIEN





ANARCHISTISCHER TASCHENKALENDER 1991

Vom Herausgeber des SRKK 1983-89
Ralf G. Landmesser

Für Menschen, die ein klein wenig phantasievolles Chaos dem ge- und verordneten Stumpfsinn vorziehen; für Kreuz- und QuerdenkerInnen mit Herz und Humor. Für Inspiration und gegen das Vergessen der Spätgeborenen. Für Grenzen-lose Freiheit in einer Welt des Friedens, Wohlstands, der Gleichberechtigung und ökologisch bewußten Lebensweise.

Hochwertige, stabile Bindung,
256 Seiten.
Preis 10.- DM incl. Porto und Verpackung.

Nur gegen Vorauskasse:
Überweisung, Scheck, bar.

R.G. Landmesser
Rathenower Str. 23
D-1000 BERLIN 21
Postgiroamt München
Kto.Nr. 508 48-801, BLZ 700 100 80
Unbedingt eigene Adresse angeben!!!

Hand-lich!

Ab 5 Stück je 7,-- DM.
Ab 20 Stück je 6,50 DM.



Anläßlich des Jahrestages der Machtübernahme Adolf Hitlers 1933, der derzeitigen deutschlandpolitischen Entwicklung sowie des massiv zunehmenden Naziterrors in Potsdam rufen antifaschistische Gruppen aus Potsdam, Zehlendorf und Klein-Machnow auf zu einer Mahn- und Protest-

DEMONSTRATION

am

30. Januar 1991

um

18.00 Uhr

ab

S-Bhf.-Stadtbahn (Potsdam)

Besondere Brisanz erhält die Veranstaltung, da sich, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren konnten, am gleichen Tag sehr wahrscheinlich Faschisten aus ***FAP*** *und anderen Organisationen in Potsdam sammeln wollen, um ebenfalls zu demonstrieren.*

Wie wir weiter in Erfahrung bringen konnten, soll die Nazi-Demonstration von führenden Aktivisten aus der FAP geleitet werden.

In diesem Zusamenhang fiel auch der Name ***Michael Kühnen****.*

Wir selbst können die Richtigkeit dieser Gerüchte nicht hundertprozentig garantieren, denken jedoch, daß allein die Wahrscheinlichkeit des Aufmarsches sowie des ohnehin zunehmenden Naziterrors ausreichen sollten, um auf der Straße massenhaft präsent zu sein und zu nachdrücklich zu fordern:

Kein Fußbreit den Faschisten in Potsdam und anderswo!

Route: S-Bahn-Stadtbahnhof, Lange Brücke, Friedrich-Ebert-Straße, Wilhelm-Pieck-Straße, Platz der Nationen, Brandenburger Tor (Potsdam): Abschlußkundgebung

Veranstalter: Junge Antifa Potsdam, Antifa-Bündnis Zehlendorf, Gegenstimme

Vorbereitungstreffen: Dienstags 18.00 Uhr Hd Jugend, Berliner Str. 49, Potsdam und Freitags 19.30 Uhr, Jusoladen Zehlendorf, Machnower Str. 19a, 1-37; Bitte kommt und unterstützt mit Euren Gruppen die Demo!
Verbreitet den Aufruf weiter und macht eigene Flugis, da wir die Mobilisierung alleine nicht leisten können!

Verhindert den FAP-Bundesparteitag!

Wie schon in der letzten Interim zu lesen, soll am **19.1.91** "erstmals in Mitteldeutschland" der Bundesparteitag der FAP stattfinden.

Die Treffpunkte der Nazis sind die drei Autobahnraststätten an der AVUS.

Kontakttelefon für Treffpunkt Dreilinden: **815 84 37**

Kommt ab 10 Uhr zu den Raststätten!

Kommt nicht alleine, geht in Gruppen!!

BETRIFFT DIE VERÖFFENTLICHUNG DER EINLADUNG ZUM FAP-BUNDESPARTEITAG

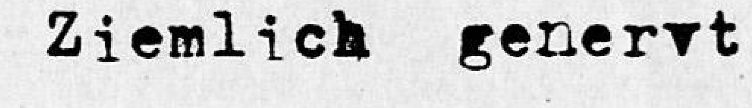
Völlig geplettet mußten wir letzten Donnerstag feststellen, daß die INTERIM die Einladung zum Bundesparteitag der FAP am 19.1.91 veröffentlicht.

Diese Umgehensweise hat bei uns erstmal ziemliche Verärgerung und Konfusion ausgelöst, weil wir jetzt

1. damit rechnen müssen, daß die Kontaktaufnahmepunkte der Nazis noch verlegt werden..
2. die Nazis, falls siesich trotzdem dort treffen, mit unserem Erscheinen rechnen
3. viel mehr Bullen dort auf uns warten werdwn.
4. vielleicht viele Leute zu den Raststätten fahren, weil sie die Veröffentlichung als Mobilisierung verstehen, ohne daß wirklich klar ist, was dort ablaufen soll.

Da bis Montag (dem Einsendeschluß der INTERIM) die weitere Vorgehensweise noch nicht geklärt sein wird,, wollen wir erstmal nur auf die beschissene Lage der Autobahnraststätten (Fluchtweg Autobahn) hinweisen und daß die Leute, die da so hingehen, das im Kopf haben.

Falls vor dem Wochenende die Unklarheiten beseitigt und vielleicht sogar etwas vorbereitet ist, werden wir das an den einschlägigen Stellen aushängen.



Ziemlich genervt

einige Antifa-Gruppen

Dokumentation der Infotelefone



Die Infotelefone dieser Stadt (diesmal das Antifainfo-, das Antirassistische Telefon und die Antifa-Kontakt-Stelle im AStA der FU Berlin) veröffentlichen regelmäßig ausgesuchte Meldungen. Die Meldungen betreffen rassistische, sexistische, faschistische und antisemitische Diskriminierungen/Übergriffe und Diskriminierungen/Übergriffe auf Lesben und Schwule. Es ist uns klar, daß nur ein Bruchteil der Übergriffe bei den Telefonen gemeldet werden. Die Dokumentation soll dazu dienen, unsere Informationen einem größeren Kreis von Menschen zugänglich zu machen. Gleichzeitig fordern wir euch auf, einzugreifen, das Wegsehen und Schweigen aufzubrechen und eure Informationen und Erfahrungen an die entsprechenden Telefone weiterzuleiten

AUSGESUCHTE MELDUNGEN VOM ANTIFA-INFOTELEFON WEST-BERLIN (SAMSTAGS VON 16 BIS 20 UHR/AB 1. JAN. VON 16 BIS 22 UHR: 692 15 99)

NACHGEPRÜFTE INFOS:
Am 30.9. haben um 5 Uhr morgens fünf Faschos (ein Skin, Heavy, Popper u.a.) die Szenekneipe "Trinity" in der Nähe vom Winterfeldplatz (Schöneberg) betreten und fingen eine Schlägerei an. Die Kneipe wurde beschädigt und mehrere Personen verletzt (mindestens eine Person mußte ins Krankenhaus). Als die Bullen auftauchten, nahmen sie einige der Faschos mit. Es sind mehrere Anzeigen gegen sie gestellt worden. Drei Tage vorher sollen dieselben Faschos schon die (Heavy-) Kneipe "Sexton" auseinandergenommen haben.
(6.10.90)

In der Nacht von Freitag auf Samstag (2./3. 11) wurde um zwei Uhr ein Bus vom "Netzwerk Spielkultur" in Prenzelberg mit Benzin in Brand gesteckt. Im Zusammenhang damit wurde ein beiger Wartburg (neues Modell) mit Dachgepäckträger, in dem vier Leute saßen, gesehen. Derselbe Bus wurde bereits beim Abschlußspiel der Fußball-WM vor der Schönhausener Allee demoliert. Ein anderer Bus vom Netzwerk wurde am Donnerstag davor (25.10) nachts mit Schlägern bearbeitet.
(3.11.90)
Meldet euch, wenn solche Anschläge auch bei euch passieren, bei uns.

UNGESICHERTE MELDUNGEN:
Falls euch näheres bekannt ist, meldet euch beim Antifa-Infotelefon!

Zumindest im Oktober/November sollen sich Faschos regelmäßig freitags um 19.30 Uhr in der "Linse" (Friedrichsfelde-Ost) und samstags um 19.30 Uhr im "Friedrichsfelder Ecks" (Staße der Befreiung, Friedrichsfelde) treffen. Dort finden an diesen Tagen ab 18 Uhr immer Discos statt.
(10.11.90)
Wir brauchen für solche Meldungen Bestätigungen oder Dementis! Wißt ihr noch weitere Fascho-Treffpunkte?!

AUSGESUCHTE MELDUNGEN VOM ANTIRASSISTISCHEN TELEFON (MONTAGS VON 17.30 BIS 20.30 UHR UND FREITAGS VON 14.30 UHR BIS 17.30 UHR, SONST ANRUFBEANTWORTER: 861 94 22)

23.11.90
Meldung über die Zunahme von rassistischen Übergriffen und Anpöbeleien in einem Wohngebiet in Marienfelde: Der Anrufer berichtete, daß sich ganz allgemein eine Zunahme von Übergriffen in dieser Gegend beobachten läßt. Z.B. werden in der Waldsassener Straße dort lebende ImmigratInnen und deren Kinder von einer Gruppe junger Frauen massiv beschimpft und mit Steinen beworfen. Vor einer Discothek in der Nähe greifen Skinheads immer wieder türkische Jugendliche an.

Berichtigung:

Die am 28.9.90 eingegangene Meldung, daß der "Ackermann- und Innungsfunk" auf Wunsch von AnruferInnen nur deutsche Fahrer vermitteln, erwies sich nach mehreren Testanrufen und Gesprächen mit Fahrern als falsch. Bekannt ist jedoch, daß ein Teil der Fahrer über Funk rassistische und sexistische Sprüche losläßt. Nur selten greift die Funkzentrale in solchen Fällen ein. Einige Fahrer arbeiten mit Bordellbesitzern zusammen und kassieren dafür Provisionen. Gespräche darüber laufen ganz offen über Funk.

AUSGESUCHTE MELDUNGEN DER ANTFA-KONTAKTSTELLE IM ASTA DER FU (DIENSTAGS 12 UHR BIS 14 UHR: 838 22 24 / 831 40 08)

28.10.90

In einer S-Bahn (O-Berlin) steigen acht "normal" gekleidete Männer in einen übervollen (!) Waggon und rufen diverse Parolen, z.B. "Ausländer Raus!". Sie werden auf einen iranischen TU-Studenten aufmerksam, den sie, nachdem er auf ihre direkte Anmache nicht reagiert, brutal zusammenschlagen. Erst als er mit gebrochenem Unterkiefer am Boden liegt, greift eine junge Frau verbal ein, die daraufhin von den Männern beschimpft wird. Diese steigen aber am nächsten Bahnhof unerkannt und unbehelligt aus.

Anfang November:

Leute des Schiller-Instituts treten mit dem "AusländerInnen"-Referat im AStA FU in Kontakt, um ihre Teilnahme an Veranstaltungen zur Golfkrise anzubieten.

Kurzinformation: Das Schiller-Institut gehört zu einem Netzwerk von Organisationen und Verlagen des US-amerikanischen Rechtsextremisten Lyndon H. LaRouche. Das multinationale Polit-Unternehmen hat in der BRD drei bekannte Zweigstellen: die "Europäische Arbeiter-Partei" (EAP), die Partei "Patrioten für Deutschland" und das "Schiller-Institut". Eine zentrale Rolle spielt dort Helga Zepp-LaRouche, Journalistin und Ehefrau Lyndon LaRouches.

DIESE DOKUMENTATION KÖNNT IHR BEKOMMEN BEI:

Literaturcafé, Konrad-Blenkle-Str. 1, Prenzlauer Berg 1035
Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, Prenzlauer Berg1054
AStA TU, Marchstr. 6, 1/12
Aurora, Knobelsdorffstr. 8, 1/19
Linde, Sophie-Charlottenstr. 97, 1/19
Grünkern, Adamstr. 14, 1/20
KOB, Potsdamer Str. 157, 1/30
AStA FU, Kiebitzweg 23, 1/33
Buchladen O21, Oranienstr. 21, 1/36
Kiezladen, Falckensteinstr. 46, 1/36
Lunte, Weisestr. 53, 1/44
Syndikat, Weisestr. 56, 1/44
Antifaşist Gençlik, c/o Halk Evi,Kottbusser Damm 74, 1/44
Buchladen im BAZ, Oranienstr. 159, 1/61
Ex, Gneisenaustr. 2a, 1/61
Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 1/61
Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16, 1/65
Oromo-Zentrum, Prinzenallee 81, 1/65

*** WICHTIG ** WICHTIG ** WICHTIG ***

Aus aktuellem Anlaß ist das Antifa-Infotelefon (030/ 692 15 99) am Samstag den 19.1.'91 von 11 Uhr an bis Sonntag früh um 6 Uhr zu erreichen!
Meldet uns alles, was ihr mitbekommt:
Zusammenrottungen von Faschos auf der Straße und interne Treffs, Überfälle auf Linke, "AusländerInnen", Schwule, Lesben, Frauen, u.a. und was euch sonst noch so auffällt!
Ansonsten sind wir jeden Samstag von 16 bis 22 Uhr zu erreichen(also jetzt 2h mehr).

ViSdP: Erika Mustermann, Potsdamer Str.,1/[illegible]0

Göttingen, 1. Januar 1990 Alex von Faschisten ermordet

Der Hauptschuldige: Karl Polacek




Karl Polacek (Bildmitte)
als Schiffselektiker mit zwei befreundeten US-Polizisten


In der Sylvesternacht 1990/91, erstechen zwei Nazis Alex in Rosdorf. Dieser politische Mord, steht am bisherigen Ende einer Kette von Terroraktionen die vom FAP-Haus im Siedlungsweg 23 in Mackenrode bei Göttingen ausgehen. Das Haus gehört (zur Hälfte) Karl Polacek, der politisch für diesen Mord und alle anderen Aktionen aus dem Dunstkreis der FAP-Nazis die wesentliche Schuld trägt.
Seit 1986/87 baut er das Haus zu einem FAP-Stützpunkt aus. Einige Eckdaten:
Die FAP-Nazis machen ab Anfang 1987 verstärkt durch Terror auf der Straße auf sich aufmerksam. Dieser Straßenterror geht von jugendlichen Nazi-Skins aus. Einer ihrer damaligen Anführer, Jörg Latzkowiak, enger Bekannter von Polacek, muß schließlich wegen Delikten wie Körperverletzung etc. in den Knast. Um Latzkowiak wird es daraufhin still, in sein Fußstapfen tritt Thorsten Heise aus Nörten-Hardenberg.
Heise organisierte und leitete die meisten Naziterroraktionen der letzten zwei Jahre, bis er Anfang Mai 1990 in die DDR abtaucht. Er soll sich vor Gericht wegen eines Mordversuches an einem Libanesen verantworten, den er im Mai 1989 gezielt mit seinem Auto überfahren wollte.
Nach Heise fungiert Oliver Simon als ein Anführer der Nazibande in und um Göttingen. Auch Simon ist, wie Latzkowiack und Heise enger Vertrauter von Polacek, Simon wohnt im Siedlungsweg 23.

Schon an dieser Kurzzusammenfassung ist zu sehen, daß Polacek mit seinem Haus der Drahtzieher ist, daß er sich immer wieder Leute heranzieht, die Terroraktionen bishin zum Mord durchführen. Noch einige Fakten die das belegen:
Am 16. Januar 1987 sprengt sich der Jungfaschist Ingo Kretschmann beim Bombenbasteln in Göttingen in die Luft. Kretschmann hatte zuvor einige Zeit im FAP-Zentrum gewohnt. Polacek gab sogar öffentlich zu, von den Bombenexperimenten gewußt zu haben. Die Polizei wertet Kretschmann als Einzeltäter, Polacek passiert nichts.
Der Tod Kretschmanns ändert nichts am anwachsen des Faschistenterrors 1987. Am 20 April wollen in Northeim (in der Nähe von Göttingen) Nazi-Glatzen zum Datum des Hitlergeburtstrages jagt auf Türken machen. Die von den Faschos angezettelte Schlägerei geht allerdings schlecht für sie aus. Die meisten von ihnen flüchten nach Mackenrode.
Am 23. Januar 1988 versuchen ca. 30 ausgerüstete Naziskins das Juzi zu stürmen. Mit viel Glück kann das verhindert werden.
Die Polizei schützt die Nazis und gibt einem Teil von ihnen sogar Begleitschutz nach Mackenrode.
Obwohl klar wird, daß die Nazis von Polacek aus aufgebrochen sind, macht die Polizei nicht bei den Faschisten Hausdurchsuchungen sondern razzt die Wohnungen von Antifas, die sich den Nazis entgegengestellt hatten. Polacek passiert wieder nichts.
14. Februar 1988, Nazis aus Polaceks Kreis stecken über der damaligen Disko „Pink" (heute Flash) eine Wohnung in Brand. Das Gebäude, indem sich die Disko befindet, ist ein altes Fachwerkhaus und in der Disko halten sich zum Zeitpunkt des Brandanschlages ca. 150 Menschen auf.
Die Tat soll Autonomen in die Schuhe geschoben werden. Glücklicherweise stellen sich die Faschisten zu dumm an und werden wenig später gefaßt.
Die Chronologie der Aktionen die von Polacek und seinen jeweiligen Leuten ausgeführt worden sind, würden ein kleines Buch füllen. Erinnern wollen wir deswegen nur noch an vier:
Dem 1989 immer weiter ansteigenden Straßenterror der Faschos um Polacek und seinen Leuten stellen sich Antifas direkt entgegen. Dabei werden die Antifas stets von der Polizei attackiert und verfolgt, die den Nazis damit geradezu zur Hilfe eilt.
Am Abend des 17. November 1989 führt das zum Tod von Conny.
28. April 1990, in Nordhausen (in der Nähe von Göttingen) auf dem Gebiet der damals noch existierenden DDR, treffen sich fast 1000 rechte Skins. Das ganze ist von Thorsten Heise und Polacek organisiert. Es kommt zu Ausschreitungen, die sich nur deshalb in Grenzen halten, weil die Polizei auf die Sache vorbereitet ist. Es gibt einigen Sachschaden, etliche Verletzte und mindestens 150 verhaftete Skins.
Am 14. Juli 1990 wird der FAP-Landesparteitag für Niedersachsen in bzw. bei Mackenrode vermutet.
Vier Frauen die sich deshalb in Mackenrode umsehen, werden von Polacek und Oliver Simon angegriffen. Polacek schlägt mit einer Axt auf eine Frau ein, die dem Schlag durch Reaktionsschnelle ausweichen kann und nur deshalb leicht am Kopf verletzt wird. Zivilpolizisten, die die Szene beobachten greifen erst ein als schon alles vorbei ist.
Etwas später greift die Polizei mit CS-Gasgranaten völlig grundlos eine Antifa-Spontandemo an, die vor das Haus von Polacek ziehen will.
Sylvester 1990/91, die Nazis feiern in Rosdorf eine Sylvesterparty, mit von der Partie, Karl Polacek. Die Faschisten belästigen Anwohner und greifen mehrfach eine Party an bei der Leute sind, von deren antifaschistischer Einstellung die Nazis wissen.
Alex, der von der Party der Antifa-Leute kommt um bei seiner Oma vorbeizuschauen, die in der Vergangenheit schon öfter von den Faschisten bedroht worden ist, wird von Oliver Simon und einem zweiten Nazi mit elf Messerstichen erstochen.
Die Polizei unternimmt wieder vor allem etwas gegen die AntifaschistInnen, so daß die Nazis in dieser Nacht sogar noch mehrfach die schon erwähnte Party attackieren.

Polacek, der Drahtzieher aus dem Hintergrund, wird wieder schuldlos ausgehen. Direkt war er ja auch nicht an der Tat beteiligt. Er wird weiter mit seinem Haus sein Unwesen treiben. Nach Latzkowiak, Heise und Simon wird er wieder jemanden finden, der in seinem Geiste agiert - die Polizei wird ihn und die seinen dabei weiter schützen und den antifaschistischen Widerstand, der mit diesem Nazinest wirklich Schluß machen will, kriminalisieren. Und doch, daß darf uns nicht abschrecken: der Hauptschuldige heißt Karl Polacek und der Terror der Nazis wird weitergehen, solange er in Mackenrode staatlich geschützt und vom Antifa-Widerstand nicht ernstlich belangt, residieren kann.

Legt Polacek das Handwerk!
Gegen Nazi- und Polizeiterror -
Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren!


Das NATO-Pipeline-System
Bereich FBG-Nord



1 Hamminkel-Brünen. Brüner Höhen 4a (TL)

2 Xanten. In der Hees (TL?)

3 Bremen. Farge. (PS)

4 Bramsche. (TL)

5 Troisdorf-Lohmar-Altenrath (TL)

6 Nienburg (PS)

7 Warmsen-Höfen (PS)

8 Zeven-Breddorf (TL)

9 Aachen. Frieden 107. (TL)

10 Würselen (TL?)

11 Wardenburg-Littel (TL)

12 Hohenahr-Erda (TL)

13 Warendorf (TL)

14 Wegberg-Arsbeck (PS)

15 Kevelaer-Goch-Lüllingen (TL)

16 Vettweiß-Lüxheim (PS)

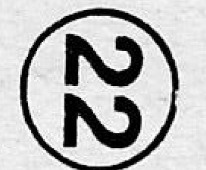
17 Freudenberg-Westfalen. Olper (TL)

18 Hameln-Unsen (TL)

19 Rüthen (TL)

20 Engden (PS)

Der eingezeichnete Verlauf des NPS ist nicht 100% exakt (geht bei dieser Karte auch gar nicht), aber im groben verläuft es so. Die kleinen Pfeile bei den Nummern in der Karte geben relativ genau die Lage der Tanklager (TL) oder der Pumpstationen (PS) an. In der Legende wird der Ort nochmal genau angegeben. Der letztgenannte Ort ist immer der kleinste und macht damit das Finden der Einrichtungen leichter - auch ist angegeben worum es sich handelt PS oder TL.



Kampf der NATO-Kriegsmaschine

Das NATO-Pipeline-System

Seit fast einem halben Jahr prasselt das NATO-Kriegsgebrüll auf uns ein. Der Golfkrieg scheint immer näher zu rücken, aber trotz dieser langen Zeit, hat die militante linksradikale Szene keinen Weg gefungen, mit dem drohenden Krieg am Golf umzugehen. Die Analysen, das sich der Ost-West Konflikt, mit dem Wegfall der RGW-Staaten aufhebt und zu einem Nord-Süd-Konflikt wird, indem die USA und die NATO-Staaten in Weltpolizeimanier dem Trikont keine selbstbestimmten Wege mehr offenlassen, sind so alt wie richtig. Aber diese Analysen haben bisher noch zu keinem Handeln geführt. An dieser Stelle wäre es fast sinnvoll nach dem internationalen Verständnis der militanten Szene zu fragen. Was wir wollen ist mehr als nur "Hoch die internationale Solidarität" brüllen, vielleicht noch an den Blockaden am 12.1.90 an der Rhein-Main-Air-Base in Frankfurt oder evtl. in Bremerhafen mitmachen oder in Berlin auf ne Demo gehen. So richtig diese Aktionen auch sind, so hilflos kommen sie uns auch vor.

Hilflos deswegen, weil diese Aktionen erst 3 Tage vor Ablauf des Ultimatums stattfinden und weil wir uns noch gut an andere Aktionen erinnern können. Hier stehen für uns die militanten Angriffe auf die NATO-Infrastruktur 83-85 im Vordergrund. 82-84 haben wir viel Zeit darauf verwendet die Nato-Nachschubwege auszukuntschaften, zu beobachten und teilweise gezielt zu stören. Die Rhein-Main-Air-Base und die Häfen in Bremerhafen und Nordenham waren deswegen Ziel unserer Aktivitäten, weil sie Drehscheiben für die Interventionen in den Arabischen Raum darstellten. Und immer wieder haben wir uns gesagt, daß wir sie hier angreifen werden, wenn sie woanders eingreifen wollen, dies war unser Begriff von revolutionären Internationalismus. 5 Jahre später ist es verdammt ruhig geworden, wenn es um revolutionären Internationalismus geht. Wir haben im Prinzip kein Interesse daran den Massenmörder Saddam Hussein zu unterstützen, aber unser klarster Feind ist und bleibt der imperialistisch/patriarchale Kapitalismus. Das was jetzt ansteht, ist, den Völkern des Trikonts mit erfolgreichen Interventionen unsererseits gegen die imperialistische Mordmaschine Mut zu machen. Denn wenn die NATO und ihre Verbündeten jetzt am Golf durchkommen, werden sie jedes Land, jedes Volk was sich auch nur im Ansatz gegen ihre Interessen stellt, so behandeln. Durch den Wegfall der RGW-Staaten und damit des strategischen Gleichgewichts (ob mensch dies nun positiv oder negativ findet lassen wir hier erstmal außer acht), durch den fast unaufhaltsam anmutenden Durchmarsch des patriarchalen Kapitalismus, sind wir hier in Metropolen nochmehr gefordert, Druck zu machen, um überhaupt eine Möglichkeit zu schaffen, in der Befreiungsbewegungen bzw. fortschrittliche Nationalstaaten sich zu einer Kraft. entwickeln zu können.

"Wir verlangen von euch einzig und allein, daß ihr euch an euerem Platz bewährt, denn wenn ihr dem Kapitalismus seine eigentliche Grundlage entzieht, helft ihr uns am meisten. Die Länder der 3. Welt hoffen gleichsam auf die Schwächung, die der Klassenkampf im eigenen Land für den Aggressor bedeutet. Die Stütze der Befreiungsbewegungen durch den innerkapitalistischen (Klassenkampf) Konflikt sollte durch direkte Interventionen im Land der Imperialisten ergänzt werden: durch den Druck auf die öffentliche Meinung bis hin zu Aktionen gegen die Versorgungseinrichtungen oder Nachschubwege der US-Armee."
(Amilcar Cabral, afrikanischer Revolutionär)

Hier nun noch einige Zitate der RZ die am 31.5.85 in Mörfelden das NATO-Pipeline-System angegangen hat:

"... US/NATO-Truppen, (werden) insbesondere bei länger anhaltenden Auseinandersetzungen auf einen möglichst gut funktionirenden Nachschub im 'ruhigen Hinterland' angewiesen sein. Und trotzdem konzentriert sich nach wie vor ein wesentlicher Teil dessen auf das infrastrukturell optimal ausgebaute und vor allem 'politisch stabile' Westdeutschland.
Diesen Zustand effektiv zu verändern, also an dieser tödlichen Superstrktur NATO an- und gleichzeitig einzugreifen, stellt sich als eines unserer mittelfristigen Ziele. Eben auch hier einen zunehmend heißen Boden zu schaffen, der sie in der Sicherheit ungestörter Kriegsführungs- und Interventionsfähigkeit trifft und beginnt, hier eine entschlossene Kraft (...) zu bilden."

Wir wollen mit dem was wir hier geschrieben bzw. zitiert haben, nicht in den dumpfen alten unhinterfragten Internationalismus vergangener Jahre zurück. Wir wollen die Diskussion über revolutionären Internationalismus, anhand der veränderten Weltlage und an dem was uns hier ganz konkret selbst betrifft.

Anschläge auf die NATO-Pipeline (unvollständig):

- am 14.6.84 versuchte eine RZ die Rohrleitung bei Lorch/Süddeutschland zu sprengen.
- am 11.12.84 jagten die CCC in Belgien das Pipelinenetzt gleich an 5 Stellen in die Luft, u.a. die Verbindung zum HQ in Casteau.
- im gleichen Monat sprengte die ETA an mehreren Stellen die Treibstoffleitungen zu spanischen und US-Militärstützpunkten.
- am 8.1.85 entsteht bei einem Sprengstoffanschlag auf die NATO-Pipeline bei Hohennahr (Lahn Dill Kreis) Sachschaden.
- Ostern 85 Sachenschaden durch Sprengsatz im Schieberschacht der NATO-Pipeline bei Aalen.
- 31.5.85 RZ-Anschlag auf einen Schieberschacht bei Mörfelden.
- 15.10.86 Brandanschlag der Anarchistischen Zellen auf die in "Friedenszeiten" zivile "Zentrale Transalpin Pipeline" bei Wasserburg, Landkreis Rosenheim mit hohem Sachschaden.

Das NATO-Pipeline-System (NPS)

Das NPS gliedert sich in zwei Teile: Das CEPS (Central Europ Pipeline System) und das NEPS (Nord Europ Pipeline System). Das NEPS erstreckt sich von der Nordspitze Dänemarks bis nach Schlewig-Holstein. Das CEPS erstreck sich über fünf Länder (Belgien, Luxemburg, Niederlande, Frankreich und BRD) und ist mit seinen 6000 km Rohrleitungen über 100 Pumpstationen und ca. 60 Tanklagern (1,9 Mio. qm Fassungsvermögen) das umfangreichste und zugleich kompliziertеste militärische Versorgungssystem weltweit. Es dient der Kraftstoffversorgung aller NATO-Streitkräfte in Europa Mitte, wozu neben den o.g. auch die USA, Kanada und GB gehören.

"Die Beweglichkeit von Streitkräften hängt entscheidend von einer gesicherten Kraftstoffversorgung ab. Die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa stützen sich zur Kraftstoffversorgung ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte deshalb in erster Linie auf die vorhandenen NATO-Pipelinesysteme CEPS und NEPS." Und: "Die Einrichtungen des NPS sind durch ihre oberirdische Anordnung verhältnismäßig leicht zu identifizieren und dementsprechend der feindlichen Waffenwirkung ausgesetzt. Schäden können auftreten, an den Rohrleitungen, an den Schieberschächten, an den Hochdruckpumpstationen, an den Tanklagern." (ein Oberstleutnant in der Wehrtechnik 4/82)

Die deutschen Teile der NEPS und CEPS werden von der Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH (FBG) betreut i.A. des Verteidigungsministeriums. Die FBG als GmbH hat die BRD als alleinige Gesellschafterin und gliedert sich in zwei Teile. Hauptsitz in Bonn (Bonn 2, Löbestr. 1), dann FBG-Süd, Sitz in Idar-Oberstein mit den Distrikten Zweibrücken, Pfungstadt und Kehl und FBG-Nord, Sitz in Xanten mit den Distrikten Würselen, Goch und Bramsche.

Die FBG hat ca. 1000 Beschäftigte die zuständig sind für Betrieb. Instandhaltung. Bewachung. Brandschutz und Ölwehr der 28 Tanklager. 41 Pumpstationen und der 2600 km Pipelines in der BRD.

Praxis

Nach den Erläuterungen einer süddeutschen RZ "sind die Rohre in einem 80-120 cm breiten und 120 cm tiefen Graben eingelegt und in Sand gebettet. Sie haben einen Durchmesser von 20 cm und sind zwischen 7 und 8 mm dick." Der Verlauf der Pipeline ist relativ einfach auszumachen. Sobald die Leitungen Straßen. Bahndämme. Bäche oder Flüsse überqueren. sind mindestens an einer Stelle rot-weiße Makierungspfosten aufgestellt. Auf freiem Feld stehen sie zumeist in Sichtweise. in Wäldern wurde extra eine 6 m breite Schneise geschlagen. Zudem verlaufen die Rohre nie durch. sondern immer knapp an Wohngebieten vorbei. Häufig werden aber auch graue Markierungspfosten mit rotem Kringel benutzt oder kleine graue Betonkästen. die mit roter Farbe markiert sind. Gemeinsam haben alle. daß sie einen Aufkleber haben und mit fortlaufenden Nummern versehen sind. Auf den Aufklebern steht "Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH. Bezirksverwaltung Nord. Sitz Xanten. Distrikt Bramsche" In anderen Gegenden stehen natürlich andere Verwaltungen und Distrikte. Tanklager und Pumpstationen sind häufig durch Hinweisschilder auf denen nur FBG steht gekennzeichnet. Schieberschächte erkennt ihr daran. daß sie ca. 1 m hoch sind. rechteckige Form haben und mit einer Betonplatte abgedeckt werden die eine Schiebeeinrichtung hat. Weitere Anhaltspunkte sind große militärische Einrichtungen in der nähe der Pipelineroute. denn die sind in der Regel an dieses angeschlossen. Dazu zählen Flughäfen genauso wie große Kasernen. So wurde extra für die Startbahn-West die Pipeline dahin verlängert oder die britischen Militäranlagen in der nähe von Bielefeld sind daran angebunden. An den Abzweigstellen stehen in der Regel die oben erwähnten Schieberschächte.
Wer noch mehr dazu lesen und wissen will. dem empfehlen wir die "radikal" Nr. 131. in allen gutsortierten Archiven vorhanden.

Krieg dem imperialistischen Krieg
Für den Aufbau einer starken militanten anarchistischen Bewegung
Anarchistische Zellen

gut zum lesen...



golfkrise, golfkonflikt.
beitrag einer veranstaltung in reutlingen
von
karam khella
und
beiträgen aus der diskussion.

im frühjahr 91 erscheint ein ausführliches buch zur selben thematik: "golfkrise und arabischer subkontinent", von karam khella - im theorie und praxis verlag, 2ooo hamburg 5o, eimsbütteler str. 45a.

inhaltsverzeichnis

bestellen bei:

Infobüro Tübingen
c/o Grüne Neckarhalde 6
7400 Tübingen

4.5o & porto beilegen!

UNFASSBA



UNFASSBA NR. 5 IST DA!
andere über uns:

"(der) Inhalt gefährdet das Ziel des Vollzugs und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt, §68 Abs.2 Strafvollzugsgesetz. (...) Negative Berichterstattung sowie beleidigende Bezeichnungen von ausführenden Organen lassen den Schluß zu, daß Staatsmacht willkürlich eingesetzt und somit auch mißbraucht wird. Anarchie wird verherrlicht, zum Widerstand wird aufgerufen, was sich sicherlich nicht positiv auf die Erreichung des Vollzugszieles auswirkt (...)"

Bestellen bei: UNFI c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, D-4400 Münster.
Preis: 3,80 DM in Briefmarken, ABO (= 5 Nrn.) = 15 Piepen.
WiederverkäuferInnen: 4 Stck. = 10 Doofmark. Alles nur bar & im voraus.
Knastexemplare frei.
Themen Nr.5/Jan./Feb.91: Totale KDV, Staatsterror, Golfkrieg, Anarchafeminismus, Knastrevolten, Antifa, Atomkraft? NEE! Knastrevolten, Häuserkampf, ...



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

GRAPO: EIN JAHR HUNGERSTREIK

Am 30.November jährt sich zum ersten Mal der Beginn des Hungerstreiks der sechzig Gefangenen aus PCE (r) und GRAPO, mit dem sie von der PSOE-Regierung die Wiederzusammenlegung der politischen Gefangenen in einem einzigen Gefängnis fordern, damit sie zusammen mit ihren GenossInnen leben, lernen und alle Aktivitäten entwickeln können, die ihnen theoretisch in der spanischen Verfassung als Rechte von Gefangenen zustehen. Die Entschuldigung der Felipe González, Corcuera, Barrionuevo, Múgica etc. ist, sie seien "Terroristen", die ihren Gefängnisaufenthalt ausnutzen, um ihre Ideologie weiterzuentwickeln, neue Attentate zu planen und sich auf weitere Aktionen in Freiheit vorzubereiten.

Die selben Minister, die sich über die "Verfolgung" eines albanischen Intellektuelen oder eines Anti-Castro-"Terroristen" aufregen, unterwerfen die politischen Gefangenen in den spanischen Knästen einer der raffiniertesten und grausamsten Foltermethoden, die zum Ende dieses Jahrhunderts erfunden wurden: Der Zwangsernährung und der Verlängerung des Todes auf eine Weise, die nur vergleichbar ist mit den Leiden, die die Feinde des katholischen Imperiums im Mittelalter aushalten mußten.

Die GRAPO-Gefangenen sind außerdem sowas wie Versuchskaninchen der modernen europäischen Staaten, die solch tödliche Erfahrungen austauschen als wären es Küchenrezepte. Niemand weiß, wie lange ein Mensch zwangsernährt werden kann - wie es scheint, etwa 400 Tage - aber es ist gut möglich, daß die 41 Gefangenen, die bei ihrem Entschluß bleiben, nicht zu essen, eher sich zu wirklichen lebenden Leichen entwikkeln, als zu sterben, weil ihnen das die Regierung nicht erlaubt.

Die Heuchelei, mit der die Minister vorgehen, erreicht ihren Gipfel, wenn sie behaupten, daß die revolutionären politischen Gefangenen eine viel gefährlichere Plage seien als etwa die alltäglichen Verbrechen und natürlich noch viel gefährlicher als Putschisten wie Milans del Bosch und der General Armada, die immer noch in Freiheit sind.

Eine Person, die angeklagt wurde, eine andere aus persönlichen oder ökonomischen Gründen umgebracht zu haben, kann freigelassen werden, auf dem Wege der Strafüberprüfung. EinE politischeR GefangeneR der Linken nicht, er/sie muß die Strafe voll absitzen, wie es kürzlich Xaquin Vieites erging, einem Militanten der PCE (r), der fast vierzehn Jahre im Knast war und dem sie einen Straferlaß von einigen Monaten für sein Journalistik-Fernstudium verweigerten.

Schon bei der Verurteilung bringt die Zugehörigkeit zu einer revolutionären politischen Gruppe einen Zuschlag von zehn oder zwanzig Jahren ein gegnüber vergleichbaren begangenen Delikten gewöhnlicher Krimineller. Der Ungerechtigkeitsminister Múgica hat gefordert, daß sich dieser Unterschied im Strafmaß der politischen und der sozialen Gefangenen noch erhöht. Von da bis zur Todesstrafe bei Vergehen gegen den kapitalistischen Staat ist es nur noch ein kleiner Schritt, und es wäre nicht verwunderlich, wenn das in der Regierung von Felipe González erwogen würde.

Der spanische Präsident regte sich auf, daß es in Cuba Gefangene gibt, die zwanzig Jahre absitzen müssen, aber in Spanien haben die Ältesten schon fünfzig Jahre totales und absolutes Wegsperren auf dem Buckel. In unserem Land gibt es nicht einen Nelson Mandela, es gibt einige Dutzend Nelson Mandelas, eine Situation, die nur vergleichbar ist mit anderen europäischen Ländern wie Großbritannien mit den Gefangenen der IRA oder Deutschland mit den Häftlingen der Roten Armee Fraktion (RAF).

Bei den sechzig Gefangenen aus PCE (r) und GRAPO hat es die Regierung nur bei einem einzigen geschafft, daß er "bereut", nach einem Jahr Totalisolation und einem Hungerstreik, der die Widerstandskraft der Gefangenen enorm geschwächt hat. Statt seine Niederlage einzugestehen, bezeichnen die Minister von Felipe González und der Generaldirektor von Mazmorras, Antoni Asunción, die Hungerstreikenden als "Verrückte".

Als ich zur Schule ging, lernte ich mit den ersten Buchstaben die Geschichte von Numancia auswendig, die Geschichte der Selbstaufopferung dieses iberischen Volkes in seinem"außergewöhnlichen" Kampf gegen die Legionen des römischen Imperiums. Jetzt wurden die NumancianerInnen wegen Alfonso Guerra und dem Ende des amtlichen Spekulantentums allesamt in die Irrenanstalt eingeliefert. Außerdem wurden ihre Grundstücke sofort zu Bauland für Bungalows und Swimmingpools erklärt.

Wurden die NumancianerInnen nicht von ihren Häuptlingen, die sich dem römischen Imperium verkauft hatten, zu "TerroristInnen" erklärt? Genauso wie es Napoleon mit den antifranzösischen Guerrilleros/as machte oder Franco in den Vierziger Jahren mit den republikanischen Widerstandsgruppen. Die Mächtigen werden niemals einen sauberen Kampf gegen die Armen führen, noch werden sie jemals jemandem erlauben, sich revolutionär zu nennen, auch nicht, wenn es um Gefangene geht oder um im Kampf Gestorbene.

Rafael Gómez Parra, Journalist
(Leserbrief in der egin v.14.11.90)

CHRONOLOGIE DER egin-ARTIKEL ZUM STICHWORT "GRAPO"
(1.11.90 bis 15.12.90)

6.11.: In Barcelona entdeckt die Polizei eine GRAPO-Wohnung und in der Umgebung zwei Bunker mit u.a.12 Kilo Sprengstoff. Die Entdeckungen stehen offensichtlich im Zusammenhang mit der Verhaftung von fünf GRAPO-Mitgliedern-Innen am 26.10.in Madrid.

7.11.: In Alicante wird eine weitere Wohnung gefunden. Bei einer Pressekonferenz dementiert Innenminister Corcuera auf eine Frage nach den massiven Kontrollen in Barcelona das Statement vom Vortag, die gesamte Infrastruktur der GRAPO in Barcelona sei entdeckt worden.

8.11.: Die Wohnungen Nummer 6 und 7 werden von der Polizei in Málaga und Valladolid entdeckt. Sie sollen ebenfalls von den fünf in Madrid verhafteten benutzt worden sein. - Die Anwältin Francisca Villalva beschwert sich in einem Schreiben an die Vollzugsbehörden über die Totalisolation der Verhafteten, die immer noch keinen AnwältIn sprechen durften. Weiter gibt sie bekannt, daß Maria Jesus Romero durch Schläge verletzt wurde und Jaime Simón Quintela, der seit dem 30.11.89 im Hungerstreik ist, am Wernicke-Korsakow-Syndrom leidet, also an Gedächtnisschwund und irreversiblen Schädigungen des Gehirns.

9.11.: Drei weitere Wohnungen in Logrono, Gijón und Castellon werden von der Polizei gefunden.

10.11.: Nach Angaben des Direktors des Knasts in Badajoz ist Jaime Simón Quintela nicht mehr im Hungerstreik. Er dementiert die schwere Krankheit des Gefangenen und meint, er liesse sich jetzt freiwillig ernähren.

13.11.: Die VerteidigerInnen von drei der in Madrid verhafteten bestehen nochmals auf der freien Wahl der Verteidigung und geben das miese Verhalten der Pflichtverteidiger bekannt, die u.a. nicht auf die Möglichkeit hingewiesen hätten, daß die Verhafteten nichts unterschreiben müssen.

14.11.: Leserbrief "GRAPO: Ein Jahr Hungerstreik"(s.Kasten)

18.11.: Ca.10 Angehörige der Gefangenen haben seit 2 Tagen die Kathedrale Santiago de Compostela besetzt und einen Brief an den Obersten Gerichtshof

- Kundgebungen in Mutriku mit 45 Leuten und in Gasteiz mit 75 für die baskischen Gefangenen, Deportierten und Flüchtlinge und in Solidarität mit dem GRAPO-Hungerstreik.

19.11.: Nachdem der Erzbischof zugesagt hat, sich für eine Lösung des Konflikts einzusetzen, beenden die Angehörigen die Kathedralenbesetzung. Weitere Besetzungsaktionen schließen sie nicht aus.

29.11.: Im Stadtplanungsamt und in der Handelsdelegation in Barcelona explodieren Bomben und verursachen hohen Sachschaden. Menschen werden nicht verletzt, weil die Gebäude nach Warnungen evakuiert wurden. Ein dritter Sprengsatz wird entschärft. Ein Anrufer übernimmt im Namen der GRAPO die Verantwortung. Ein weiterer Anrufer gibt bekannt, daß aus Solidarität mit dem HS fünf Bankautomaten in Katalonien sabotiert wurden.
30.11.: Anläßlich des Jahrestages des Beginns des HS rufen die Angehörigen und FreundInnen für heute zu einer Kundgebung in Madrid auf. In einem Kommuniquée stellen sie fest, daß die Wiederzusammenlegung die einzige Möglichkeit der Selbstverteidigung der politischen Gefangenen gegenüber dem Vernichtungswillen des Staates sei. Die Politik der Auseinanderlegung habe "die Vereinzelung der kommunistischen und revolutionären Ideen der politischen Gefangenen zum Ziel, sie wollen, daß sie ihren Zielen abschwören und an ihrem korrupten Festschmaus teilnehmen und die Arbeiterklasse verraten. Sie wollen, daß sie sich anpassen, und so stellen sie sie vor die Wahl: Entweder so, oder langsam verrecken." Im weiteren wird in einem Brief von Leoncio Calcerrada Fornieres die Zwangsernährung geschildert: "Nach meiner Weigerung zu jeglicher Zusammenarbeit wurden meine Arme und Beine mit Stricken festgebunden, dann drangen sie mit einer Nasensonde in meinen Körper ein, durch die sie mir Glucoseserum versetzt mit Medikamenten verabreichten." Der Brief endet mit den Worten: "Mein Entschluß, diesen Kampf fortzusetzen, ist fester als je zuvor."
- In einem Pressegespräch verurteilt José Mari Olarra, Mitglied des Mesa Nacional von Herri Batasuna die PSOE-Politik der "Auseinanderlegung, Mißhandlung, Bestrafungen im Knast, jeglicher Formen des Leidens, denen das Individuum unterworfen wird, bis es sich schließlich entscheidet zwischen Tod und Anpassung." Mit dieser Politik seien die baskischen Gefangenen und die Hungerstreikenden konfrontiert, weil beide "mit klaren und sicheren Idealen handelten und handeln." Er schließt mit einem solidarischen Gruß an die Hungerstreikenden und drückt seine Entschlossenheit aus, "weiterzumachen mit aller Kraft, bis eine demokratische und gerechte Gesellschaft erreicht wird, in der jede/r für seine/ihre politischen Ideale kämpfen kann, ohne dafür verfolgt zu werden oder gar bis zum Tode gequält zu werden."
- In einem Kommuniquée zum Jahrestag des Beginns des Hungerstreiks weisen die Gestoras-pro-amnistía darauf hin, daß den Hungerstreikenden alle ihnen zustehenden Menschenrechte systematisch vorenthalten werden.
- In Bilbo werden 4, in Barakaldo 2 Türen bzw. Bankautomaten aus Solidarität mit dem HS verklebt.
- Außerdem zwei lange Leserbriefe.
1.12.: Einige Hundert Leute demonstrierten gestern in Madrid für die Wiederzusammenlegung der Hungerstreikenden. Beim Justizministerium wollten sie ein Schreiben abgeben, was ihnen verwehrt wurde. Viel Polizei. In Reden wurde der Rücktritt des Justizministers und des Generaldirektors der JVAs gefordert.
- Im Baskenland gab es Demos für die ZL und Amnestie der baskischen Gefangenen in Bermeo, Durango, Sopela, Leioa, Lekeitio, Deba, Mutriku, Soraluze. In Pasai Antxo wurde der Verkehr blockiert und die Polizei schoss Tränengas und Gummikugeln. Außerdem 30 Leute in Tafalla, 250 in Etxarri und 300 in Gasteiz, wo es ebenfalls Zoff mit den Bullen gab.
- In Solingen wurde ein VW-Händler aus Solidarität mit dem HS angegriffen. 19 Autos wurden beschädigt.

An einer Windschutzscheibe wurde ein Schreiben mit RAF-Stern hinterlassen, indem die ZL der RAF und der GRAPO-Gefangenen gefordert wurde. Sachschaden: Ca. 100.000 Mark.
11.12.: In Madrid wird das Verfahren gegen Rosario Narvaez aus der GRAPO ausgesetzt. Die XXXX Frau von José Manuel Sevillano ist der Angehörigkeit in einer bewaffneten Organisation, der fortgesetzten Fälschung von Dokumenten und der Benutzung eines falschen Namens angeklagt. Ihr Anwalt hatte eine ärztliche Untersuchung durchgesetzt, weil sie wegen der langen Isolation (seit 10.6.) einer langen und anstrengenden Verhandlung nicht folgen kann.



Drei zu Eins
-
Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus
Diskussionspapier
VzVuN (Hg.) Jan.1991
48 Seiten - 3 DM

Bestelladresse:
Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN)
St.Pauli Str.10
2800 Bremen
Einzelexemplare 3 DM, 10 Ex. 25DM plus Porto.
Bitte in Bar oder Briefmarken der Bestellung beilegen.



Hungerstreik

kampfkomitee der gefangenen aus ACTION DIRECTE

wir haben am 2.1.91 einen neuen kampf begonnen. eine unbefristete hungerstreikkette. wir werden unsere initiative so lange aufrechterhalten, bis jede form der isolation und die besonderen einschränkungen unserer haftbedingungen aufgehoben sind, bis zu unserer zusammenlegung als politische gefangene.

FÜR EINE FRONT DER KÄMPFE UND BEWEGUNGEN
GEGEN DIE KLASSENJUSTIZ UND DAS GEFÄNGNIS.

das kampfkomitee der gefangenen aus ACTION DIRECTE beginnt einen neuen kampf gegen die isolation und für die zusammenlegung.

der justizminister hat im juli 1989 unsere "wiedereingliederung in die untersuchungshaft, entsprechend dem allgemeinen recht, das die strafvollzugsordnung vorsieht", angekündigt. aufgrund dieser offiziellen stellungnahme und aufgrund der zusage, dass wir jeweils zu zweit zusammengelegt werden, haben wir unseren 2. hungerstreik beendet.
unsere weiteren haftbedingungen, die fakten, die dann gesetzt wurden, haben dem allen sehr schnell widersprochen. so wurde nach und nach eine neue form der isolation durchgesetzt.
es wurden spezialabteilungen eingerichtet, in denen willkür, beschränkungen und verbote an der tagesordnung sind. erklärtes niemandsland, psychiatrische zentren und zentren für altersheilkunde, jeweils entsprechend der entscheidungen der gefängnisdirektoren von fresnes oder fleury. wir sind völlig abgetrennt untergebracht vom übrigen gefängnis; die teilnahme an sämtlichen aktivitäten wie sport, studien... ist uns verboten; außerhalb der hofgangstunden sind wir isoliert in unseren zellen.
sämtliche kontakte zu anderen gefangenen sind auf ein minimum reduziert und sie werden von der gefängnisverwaltung "ausgewählt"; die kontakte nach draussen, die politische zensur, wurde jeweils seit dem letzten frühjahr und sommer erneut verschärft.

die offizielle stellungnahme wurde zu keinem moment vollständig eingehalten und die zusagen wurden schritt für schritt in frage gestellt. ihre "normalisierung" unserer haftbedingungen ist ein völliger mißerfolg.

unsere haftbedingungen können nicht "normal" sein, weil sie politisch sind. ab dem moment, an dem die politischen gefangenen widerstand leisten, sie sich weigern abzuschwören und sich zu distanzieren, ab da ist ihre vereinzelung und ihre unterwerfung unter diese haftbedingungen eine politische gefangenschaft. durch diesen widerstand wird sie zu einer kollektiven gefangenschaft. von diesem moment an befinden sich die gefangenen unter bedingungen, in denen die ganze macht und der autoritäre charakter des staates, die staatsräson und ihre rechtlosigkeit, vergeltungsmaßnahmen, erpressungen und druck bis hin zur folter beherrschend sind.

die isolationstrakte (Q.I.) bis hin zu den spezialabteilungen, das ist die repressive wirklichkeit von heute. eine wirklichkeit, die sich hinter einer heuchlerischen ideologie versteckt: "in einem demokratischen system gibt es keine politischen gefangenen, es gibt nur kriminelle".

von der sonderhaft bis hin zu den sondergerichten, den "sections spéciales" und der 14. abteilung des "parquet des paris" gilt dasselbe prinzip: es gibt keine politischen gefangenen, weil es keinen politischen kampf außerhalb der gesetze und außerhalb der institutionen geben darf, es darf nichts außerhalb der internen rivalitäten der einheitsparteien bürgerlicher herrschaft geben.

die mächtigen kriminalisieren deshalb alle kämpfe, die die grenzen ihrer künstlichen demokratieattrappe wirsam zerschlagen.

für den staat gibt es keinen politischen kampf, wenn dieser nicht sofort ins system integrierbar ist oder vom system benützt werden kann, d.h. manipulierbar ist.

---

so werden demonstranten zu gewalttätigen chaoten, wenn sie sich weigern, zwischen der CRS und der gewerkschaft der bullen zu gehen...
revolutionäre werden zu "terroristen", fanatikern und "einzelkämpfern"...

die repression gegenüber den kämpfen der unterdrückten und ausgegrenzten und deren verleugnung nimmt ständig zu.
- während gleichzeitig durch das schengener abkommen die jagd auf den "äußeren feind" (immigranten, politische flüchtlinge...) und auf den "inneren feind" (revolutionäre, guerilla, antagonistisches proletariat, rebellen...) eingeführt wird;
- während sich gleichzeitig die krise des staates weiter ausbreitet und vertieft, weil seine korrumpiertheit und sein wirklicher charakter als instrument der bürgerlichen hegemonie, immer offener werden.

das gerede von recht und ordnung ist nur die dreckige schminke für die organisierte unordnung, für die ausbeuterprofite. die wucherer, die börsenspekulanten, die gefälschten rechnungen, die unterschlagung von staatsgeldern... die schärfe des gesetzes, mit der diese ordnung von den verwaltern der macht gegenüber den jugendlichen, ausländern, proletariern, armen und gegen die revolutionäre eingefordert wird, löst sich im nichts auf, in amnestie und schwache verweise, wenn die gutverdienenden im "kreis der diebe" ertappt werden, oder die verschwörer, die kriegsterroristen, die korrupten bullen und agenten, von doucé bis greenpeace, von ouvéa bis oussekine.

der monopolistische staatskapitalismus hat einen riesigen sprung nach vorn gemacht. die konzentration und die zentralisierung der macht in den händen der bürgerlichen oligarchie nimmt ständig zu und die folgen davon sind eine zunehmende ungleichheit, die "krise der arbeit", ausgrenzung und elend. "keine arbeit und keine wohnung"...
die wirtschaftsmonopole und die unterdrückung setzen sich fest und verstärken sich in der politischen reaktion und in der repression. der politische staatsapparat zeigt sich immer offener in seiner gesamtheit als ein instrument der machtverhältnisse der bourgeoisie gegen die unterdrückte klasse.
das schlägt sich auch in den institutionen der justiz nieder, die ein ausdruck dieses kräfteverhältnisses ist, die immer offener als klassenjustiz agiert und deren einzige wirklichkeit die verteidigung des besitzes und der ausbeutung unter kapitalistischen produktionsbedingungen ist; das gefängnis ist ihre waffe des verinnerlichten terrors, repressiv und lähmend, gerichtet gegen das volk, die proletarier und die ausgegrenzten.
der gesamte strafvollzug ist umso totalitärer, je nachdem, wie er in dieser funktion herrscht. die fäulnis des system reproduziert sich bis hin zu ihrem extremsten ausdruck in der intensiven ausbeutung durch die ekelhaftesten unterbezahlten arbeiten, in der erpressung mittels arbeitslosigkeit, dem rassismus und den verheerenden lebensbedingungen...

die sogenannten bemühungen der gefängnisverwaltung um "menschlichere haftbedingungen" (als ob es jemals menschliche haftbedingungen geben könnte) entwickeln in wirklichkeit eine zunahme der repressiven maßnahmen, genannt die "sicherheit", gegen die gefangenen. eine sicherheitspolitik der folter durch isolation, der ständigen gewalt gegen die organisierung und die kämpfe der gefangenen. das ist die präventive, repressive politik der überwachung, der "erlaubnis zum töten", der CRS, des zusammenschlagens und der bunker. das ist auch die blankovollmacht für die überfälle der faschistischen banden, für die rassisten der wärtergewerkschaften, für die willkür und die tägliche gewalt.

die Q.I. des "wohngruppenvollzugs", die spezialabteilungen als systeme der differenzierung und vereinzelung, das alles ist gemacht, um die einheit, die solidarität und die kollektivität der gefangenen zu brechen. es soll jeden einzelnen gefangenen gegenüber der institution und der unterdrückung isolieren, die kollektiven kämpfe, jeglichen widerstand und jede verweigerung zerschlagen.
der bau neuer gefängnisse zielt darauf ab und natürlich werden in ihnen entsprechende strukturen geschaffen, die die soziale repression nach außen hin betonen.

nur der organisierte widerstand und die kämpfe werden es uns heute ermöglichen, unsere solidarität und unsere wirkliche kollektivität wieder herzustellen. nur darüber werden wir eine fähige bewegung werden, die in der lage sein wird, die sicherheitspolitik des staates, der justiz und der gefängnisverwaltung zu zerschlagen und die ihre ganze auferlegte macht umstürzen wird.
von der ganzen wirklichkeit und von allen kämpfen ausgehend, werden wir die einheit aufbauen, die widerstandsfront gegen die klassenjustiz und gegen das gefängnis.

gegen die isolationsabteilungen, gegen die spezialabteilungen, gegen die weiße folter und die willkür.
für die zusammenlegung, gegen die einzelhaft und den "wohngruppenvollzug", gegen die isolierung und die differenzierung, gegen die politische zensur.
für die auflösung der sondergerichte und die abschaffung der sondergesetze vom september 1986.

FÜR DIE KLASSENSOLIDARITÄT!
FÜR DIE REVOLUTION!

»Wenn militant sein heißt,
daß ich alle Möglichkeiten nutze,
daß ich jeden nur möglichen Schritt tue
und alle nur möglichen Aktionen,
um ein für allemal
die natürliche Lebensweise des Menschen
wieder einzuführen,
wenn das militant ist,
dann bitte ich meinen Vater Sonne
und meine Mutter Erde,
daß sie mir Leben und Stärke geben,
um von allen
der Militanteste zu sein.«
(ein Medizinmann)

Wir werden die Verurteilung unserer GenossInnen nicht hinnehmen!

Von dem OLG Düsseldorf sind die Duisburger GenossInnen Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene Anfang 1989 wegen ihrer im Rahmen des Verfahrens abgegebenen Prozeßerklärung und ihrer „ungebrochenenen Haltung" (So Richter Ahrend) nach Gesetzen verurteilt worden, die erst nach ihrer Inhaftierung (!) inkraft gesetzt wurden: es handelt sich um die Neufassung des § 129a.

Ihre Beteiligung am 10. Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen Isolationsfolter, der die Drei seit ihrer Inhaftierung ausgesetzt sind, diente dem Gericht als „Beweis" für diese „ungebrochene Haltung". Ihr politischer Widerstand im Knast soll die Mitgliedschaft in einer sog. „terroristischen Vereinigung" auch in der Haft „beweisen". Ihre politische Verteidigung während des Gerichtsverfahrens muß dazu herhalten, ihnen den „Straftatbestand" des „Werbens für eine terroristische Vereinigung" (§ 129a) im Gerichtssaal (!) anzuhängen. Norbert, Thomas und Bärbel wurden zu 10 bzw. 9 Jahren Haft verurteilt.

Gegen diese an den Haaren herbeigezogenen Konstrukte hatten die Anwälte Revision eingelegt, der vom BGH stattgegeben wurde. Neu verhandelt werden nicht etwa alle Verfahrensfehler, Falschaussagen und haarsträubenden Konstrukte, die damals benötigt wurden, um Bärbel, Norbert und Thomas überhaupt strafrechtlich verurteilen zu können. Daß es während dieses gesamten Prozesses zu keiner Zeit darum ging, den Angeklagten die ihnen vorgeworfenen „Taten" nachzuweisen, ist bekannt. In dem anstehenden Revisionsprozeß wird es darum gehen, ein juristisch wasserdichtes Grundsatzurteil zusammenzukonstruieren, das jede Art politischer Verteidigung im Prozeßsaal kriminalisiert und diese zu unterbinden versucht.

Die Auswirkungen des Urteils – sollte es gelingen, politische Prozeßerklärungen zu kriminalisieren – wird eine weitere Einschränkung von Verteidigung in politischen Verfahren zur Folge haben. Kontinuierlich wird seit Jahren versucht, die Existenz eines politischen Widerstands in der BRD totzuschweigen oder zu entpolitisieren. Politische Aktionen werden durch staatliche Propaganda-Medien entpolitisiert. So z.B. bei der „Berichterstattung" über Demonstrationen, die auf evt. stattfindende Auseinandersetzungen reduziert werden, um inhaltliche Aussagen verschweigen zu können.

Wortschöpfungen wie der Begriff „Terroristen" sollen Angst vor Militanz verbreiten und eine Auseinandersetzung mit den politischen Zielen militanter Gruppen verhindern. So sollte z.B. der militärische Angriff auf besetzte Häuser in der Mainzer Straße das Wohnprojekt und dessen berechtigte Forderungen aus den Köpfen der Öffentlichkeit verdrängen. Zahlreiche Sondergesetze stellen jede Art politischen Widerstands als „Straftat" hin (Vermummungsverbot, § 129a,...), die in politischen Prozessen mit juristischen Verrenkungen verurteilt wird.

Schließlich wird noch versucht, der Öffentlichkeit glaubhaft zu versichern, in der BRD gäbe es keine politischen Gefangenen; d.h. kein Mensch wäre wegen seiner politischen Gesinnung angeklagt, verurteilt und unter Sonderhaftbedingungen inhaftiert. Die solches behaupten, haben sich vorsorglich die nötigen Gesetze geschaffen, um jedeN, der/die etwas anderes behauptet, strafrechtlich zu verfolgen. Zahlreiche Zeitungen, in denen inhaltlich über Widerstandsaktionen berichtet oder Erklärungen von Gefangenen abgedruckt waren, wurden kriminalisiert oder verboten, RedakteurInnen oder presserechtlich Verantwortliche mit Verfahren überzogen und linke Buchhandlungen durchsucht.

In diesem Zusammenhang sehen wir den Revisionsprozeß von Bärbel, Thomas und Norbert: Kriminalisierung jeder politischen Handlung hier draußen, im Knast und sogar in den Prozeßsäälen. So wollen sie Menschen nach entpolitisierten „Straftatbeständen" verurteilen, wollen uns unserer politischen Aussage berauben. Das ist eine Strategie, mit der die HERRschenden jeden Widerstand spalten und zerschlagen wollen.

Aber:

- Trotz staatlicher Zensur und Verfolgung erscheinen weiterhin Zeitungen, die über Widerstand informieren.
- Gegen staatlich organisierte Wohnungsnot und Vereinzelung werden Häuser besetzt.
- Trotz verordneter Einheits-Euphorie und Friedhofsruhe stellen sich Menschen den Verwertungsinteressen der HERRschenden entgegen. Es entsteht Widerstand gegen die unverschämten Lügen, die die HERRschenden sich ausdenken.

Auch zum Revisionsprozeß gegen Thomas, Bärbel und Norbert gibt es Überlegungen und Vorbereitungen. Wir werden die Verurteilung unserer GenossInnen nicht hinnehmen.

Der Prozeß vor dem OLG Düsseldorf findet an den folgenden Tagen statt:
Mo 18.3.91, 9.15 Uhr
Fr 22.3.91, 9.15 Uhr
Di 26.3.91, 17.00 Uhr
Mo 8.4.91, 16.00 Uhr
Die weiteren Termine werden noch bekannt gegeben.

Informiert euch und diskutiert in euren Zusammenhängen!

Mobilisiert zum Prozeß!

Aufruf der Autonomen Prozeßgruppe NRW
Wir treffen uns jeden Dienstag um 20.00 Uhr im »Türkischen Laden«, Kaiser-Wilhelm-Str. 256, Duisburg-Nord.



ZUR ZWANGSERNÄHRUNG

Wir sind eine Gruppe von Krankenschwestern und Krankenpflegern aus Westberlin. Wir haben uns zusammengefunden, um eine Kundgebung vorzubereiten gegen die Zwangsernährung von politischen Gefangenen im Hungerstreik und für ihre Zusammenlegung in große Gruppen.
Es ist uns nur gelungen einen kleinen Kreis von Kolleginnen und Kollegen anzusprechen. Deshalb wollen wir hier nochmal darlegen, warum wir uns gegen die Zwangsernährung aussprechen und was die Auseinandersetzung mit dieser Frage für Auswirkungen auf unsere alltägliche Arbeit hat.

Im Frühjahr 1989 als sich der Hungerstreik der politischen Gefangenen zuspitzte,(speziell bei Gaby Rollnick) hat die Westberliner Gesundheitssenatorin Stahmer bei den Intensivstationen der verschiedenen Häuser angefragt, wer vom pflegerischen und ärztlichen Personal bereit sei, die Gefangenen intensiv-medizinisch zu behandeln, sprich: gegen **ihren Willen** zu ernähren. Als sich nicht genügend Personal fand, drohte sie mit Dienstverpflichtungen. Die "progressive" Westberliner Ärztekammer rief ausdrücklich zur "ersten Hilfe" auf.
Wie viele Kolleginnen und Kollegen waren wir verunsichert und brauchten einige Zeit, um unsere Position zu klären.
Wir wollten, daß die Gefangenen Erfolg haben in ihrem **Kampf** um **Zusammenlegung, aber uns machte die Vorstellung Schwierigkeiten, daß sie wohl** möglich vor unseren Augen auf unseren **Stationen sterben würden**, ohne daß wir etwas tun können. Es ist uns anfangs schwer gefallen, den freien Willen dieser Menschen zu kämpfen und in diesem Kampf auch ihr Leben einzusetzen, zu akzeptieren. Uns ist aber klar geworden, daß wir über sie nicht zu entscheiden haben. Sie entscheiden Tag für Tag, wie weit sie in diesem Kampf gehen wollen. Sie kämpfen gegen die Isolationsfolter und der Hungerstreik ist ihr letztes Mittel.
Unsere Aufgabe kann nur darin bestehen, sie in ihrem Kampf gegen die mörderischen Haftbedingungen mit unseren Mitteln zu unterstützen.
Mit intensiv-medizinischen Maßnahmen in ihren Kampf einzugreifen, wäre ein Verbrechen, bedeutet es doch den Willen der Gefangenen, ihre Endscheidung ganz bewußt zu ignorieren. Und es würde bedeuten heute ihr Leben oder besser Überleben zu bewahren, damit sie morgen zurück in die Trakte geschickt werden.
(So geschieht es zur Zeit seit über 300 Tagen bei politischen Gefangenen in Spanien, die ebenfalls mit einem Hungerstreik für ihre Zusammenlegung kämpfen.)

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß selbst Kolleginnen und Kollegen die die Forderungen der Gefangenen unterstützen, angesichst der Frage von Leben und Tod den Gefangenen ihre eigene Entscheidung nicht zubilligen wollten. Insbesondere Ärztinnen und Ärzte wollten ihr Entscheidungsmonopol der "letzlich Verantwortlichen" nicht aufgeben.
Knut Folkerts, ein Gefangener aus der RAF, hat rekonstruiert, wie die Zwangsernährung an ihm vollzogen worden ist, nachdem er bereits das Bewußtsein verloren hatte. Aus seiner Schilderung wird klar, daß es sich bei den "intensiv-medizinischen Maßnahmen" um eine neue "saubere" Form der Folter handelt.
Bis 1985 sind die Gefangenen bei Bewußtsein und mit offener Gewalt zwangsernährt worden. Sie wurden an Händen und Füßen und am Kopf gefesselt und mit Gewalt wurde ihnen eine Sonde in den Magen geschoben, auch von medizinisch-pfleg. Personal.
Doch immer mehr Ärztinnen und Arzte, Schwestern und Pfleger haben sich geweigert, sich an der Gewaltanwendung gegen die Gefangenen zu beteiligen und die Zwangsernährung wurde öffentlich als Folter denunziert. Deshalb wurde diese neue Methode: Zwangsernährung im Koma entwickelt.
Egal, ob die intensiv-mediz. ZE in der Form durchgeführt wird, wie bei Knut Folkerts, oder in einer abgewandelten Form, es handelt sich bei der ZE um Folter. Jede/r sollte sich mit dieser Frage genau auseinandersetzen, denn jede/r trägt die Verantwortung für das eigene Handeln.
Für uns war die Auseinandersetzung mit der ZE und unserer Unsicherheit im Umgang damit, Anlaß über uns in unserer täglichen Arbeit zu diskutieren.
Wir arbeiten fast alle im Krankenhaus, einer Institution, die nach ökonomischen Gesichtspunkten und Erfordernissen des technischen diagnostisch-therapeutisch-pflegerischen Ablaufs organisiert ist.
Die Personalstruktur ist hierarchisch. Am untersten Ende der Stufenleiter und als Objekt des technischen Ablaufs findet sich der/die Patient/in nach Eintritt ins Krankenhaus wieder.
Ein großer Teil der Patienten findet sich mit dieser Situation ab. Und wenn wir ehrlich sind, gibt es immer wieder Situationen, wo es uns ganz recht ist, wenn die Patienten nicht noch eigene Vorstellungen und Wünsche artikulieren.
Die Gefangenen hingegen konfrontieren uns mit klaren Vorstellungen von dem, was sie wollen. Sie wollen nicht, daß über sie entschieden

wird. Und damit stellen sie uns auch in unserem täglichen Verhalten gegenüber Patienten in Frage. Bemühen wir uns denn darum, den Patienten die Möglichkeit zu schaffen, über das zu entscheiden, was wir an ihnen oder mit ihnen machen? Unterstützen wir sie und ihre Angehörigen darin sich eben nicht dieser Institution zu unterwerfen, eigene Vorstellungen zu entwickeln?

Durch die völlig unzureichende Personalausstattung können wir oft selbst bei bestem Willen und Bemühen nur den technischen Ablauf der Pflege und die Überwachung der Patienten gewährleisten. Für die Auseinandersetzung mit ihnen bleiben weder Zeit noch Raum.

Wir diskutieren daher darüber, wo es überhaupt noch vertretbar ist zu arbeiten, welche Voraussetzungen für uns unverzichtbar sind. Dazu gehören Fragen nach der Aufklärung über Forschungsvorhaben, Sinn und Unsinn diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen, (die eher die Kassen von medizinisch-technischen Unternehmen füllen, als dem Patienten zu dienen), Mitspracherecht des Pflegepersonals und realer Entscheidungsmöglichkeit des Patienten.

Wir überlegen wie wir welche Veränderungen durchsetzen können.

Stellen wir uns diesen Fragen nicht, werden wir uns daran gewöhnen, uns und die Patienten in die bestehenden Bedingungen hineinzuzwängen (und dabei haben wir immer noch eine Machtposition).

Dann ist der Weg auch nicht mehr weit, Gefangene im Hungerstreik zwangszu ernähren. Wir nennen das dann "erste Hilfe". Wir tun nur unsere Pflicht und haben von nichts gewußt.

Leben retten - wie jeden Tag.

mehr infos zu diesem thema

veröffentlicht in der Broschüre: "Von der Zwangsernährung zur Koma-Lösung "

Herausgegeben von Rechtsanwältinnen und Anwälten im September 1985

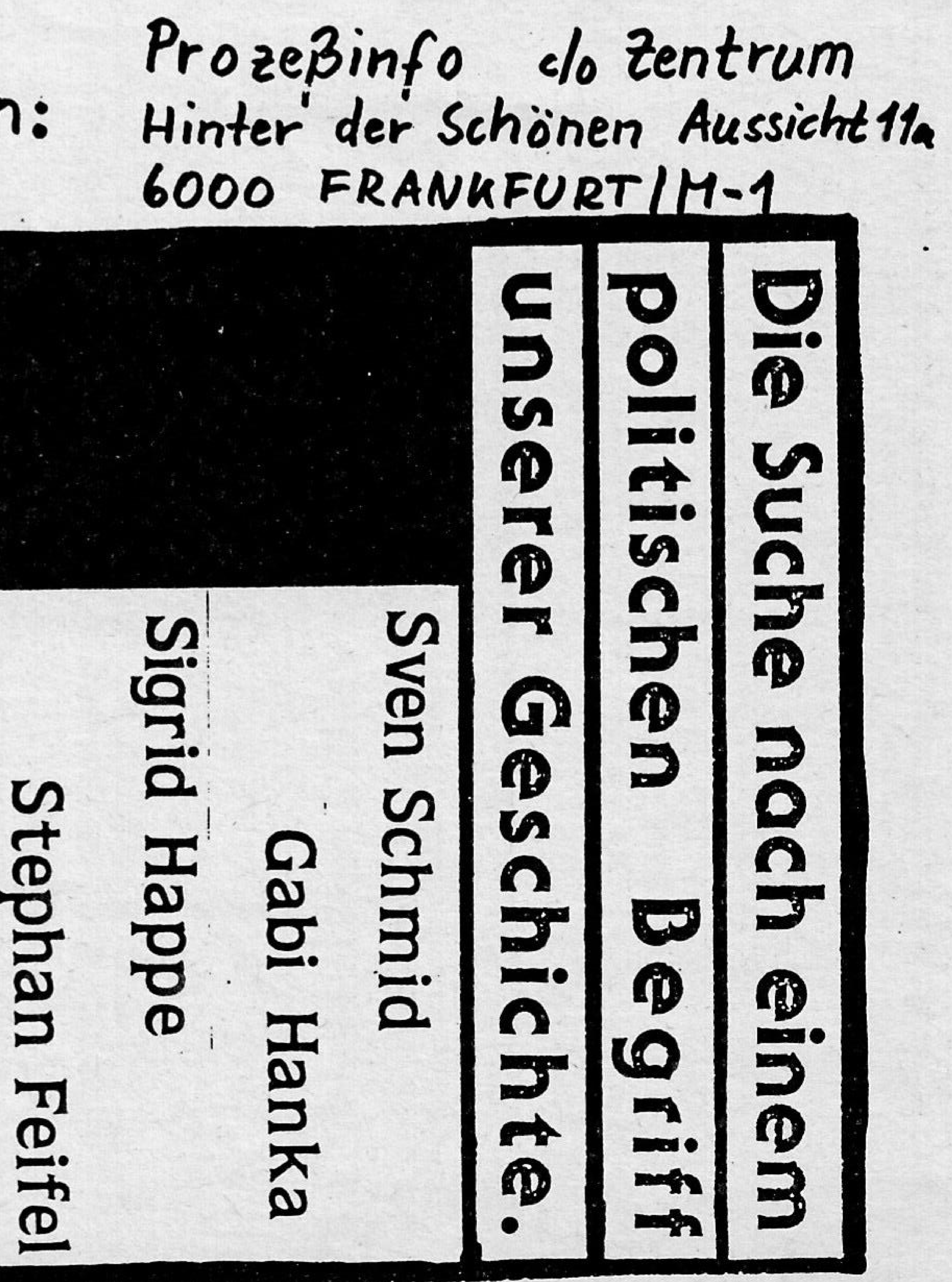
Wir empfehlen jedem die Lektüre dieser Broschüre !

Erhältlich in linken Buchläden.

Bestellungen über: RAin Trobitzsch, Grotestr. 1a, Postfach 91 11 o4
3ooo Hannover 91



→ Bestellungen an: Prozeßinfo c/o Zentrum
Hinter der Schönen Aussicht 11a
6000 FRANKFURT/M-1

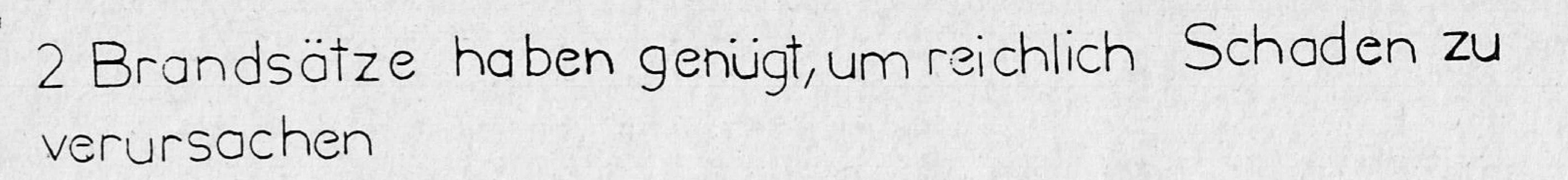


"Die Berliner 1992-Koordination"

Am 9./10. November veranstaltete das FDCL in Berlin ein Wochenend-Forum, zu dem alle Berliner Gruppen eingeladen waren, die zum Thema 1992 arbeiten und /oder sich an der "Kampagne 1992" beteiligen wollen.
Zentraler Aspekt der Dikussion war das große Interesse von verschiedenen Gruppen, zum Thema "500 Jahre Kolonialismus" und "Europa '92" politisch aktiv zu werden. Die vielen Vorschläge zu Themen und Politikschwerpunkten (EG-Binnenmarkt, Sexismus, Rassismus, Klima-Katastrophe), die in die 1992-Aktivitäten integriert werden sollten, spiegeln die Überzeugung wider, daß die Internationalismusarbeit an die Konfliktpunkte HIER angebunden werden muß. Das Zauberwort "Kampagne" geistert weiter durch die Köpfe, dahinter steht aber bisher grösstenteils Ratlosigkeit. Vorstellbar ist alles, von einer kleinen Veranstaltungsreihe über Aktionstage bis hin zu einer spektrumsübergreifenden Kampagne. Einschätzungen zur Machbarkeit, sowie erste Vorschläge zu einem Vorgehen gab es allerdings auf diesem Treffen noch nicht, auch wenn von einigen grundsätzlich Sinn und Möglichkeit einer großen Kampagne in Zweifel gezogen wurde. Es wurde jedoch deutlich, daß die viel bemühte Anti-IWF-Kampagne nicht einfach kopiert werden kann, weil die Ansatzpunkte nicht in Form konkreter Personen und Institutionen an einem Ort versammelt sind.
Auf einem Folgetreffen dieses Wochend-Forums wurde dann Anfang Dezember die Einrichtung eines regelmäßig (ein Mal im Monat) tagenden Koordinierungskreises, mit VertreterInnen der verschiedenen Gruppen, beschlossen. Gleichzeitg erklärten die meisten der anwesenden Gruppen, sich an den Lateinamerika-Tagen 1991 zu beteiligen. Das FDCL wird vom 13..-23.Juni 1991 Lateinamerika-Tage veranstalten. Inhaltlich soll es dabei um zwei Schwerpunkte gehen: "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand" und nach dem Ende des realen Sozialismus - "Marktwirtschaft ohne Alternativen".
Die Koordinierungsgruppe soll zunächst die Lateinamerika-Tage vorbereiten, kann darüberhinaus allerdings die Diskussion über eine eventuelle Kampagne 1992 weiter vorantreiben. Aus einem erfolgreichen Verlauf der Lateinamerika-Tage 1991 könnten sich vielleicht auch die Grundpfeiler für die Berliner 1992-Kampagne herausbilden. Zentrale Überlegung müßte sein, ob mensch sich hauptsächlich an den offiziellen Feierlichkeiten reiben will, oder ob wir relativ unabhängig von den offiziellen Feierlichkeiten eigene Schwerpunkte (s.oben) für eine "1992-Kampagne" bestimmen.
Für eine Mobilisierung ist unabdingbare Voraussetzung, daß immer Bezugspunkte hier in Berlin/BRD gefunden werden, an denen mensch konkret ansetzen und die verschiedenen Themen verdeutlichen kann. Stichworte hierfür sind z.B.: Großkonzerne, Berlin als "Entwicklungspolitisches Zentrum" (Institutionenn), Institute an der "Freien Universität", die früher Rassenforschung betrieben und heute in der neokolonialen Tardition stehen etc. An diesen einzelnen konkreten Aktionsfeldern lassen sich oftmals die konkreten Bezugspunkte zu EG, 500 jähriger Ausbeutung, Rassismus, Sexismus etc. gut festmachen. Darüberhinaus wird in Berlin 1992 die zentrale deutsch-nationale Ausstellung zur "Eroberung Lateinamerikas" stattfinden. Diese bietet zusätzliche Ansatzpunkte für Aktionen. (s.Kasten) Schon jetzt freuen wir uns, 1992 die Massen von BänkerInnen TechnokratInnen und Regierungschefs in Berlin zum G7-Gipfel (sog."Weltwirtschaftsgipfel") begrüßen zu dürfen, um ihre Saumägen mit Eisbein zu füllen.

"Neue Welten - Neue Wirklichkeiten"

Bundesdeutsche 1992-Austellung in Berlin
Unter diesem unsäglichen Titel wird derzeit die einzig große nationale Ausstellung der BRD als Beitrag zu den Feierlichkeiten um 1992 geplant. Vom September 1992 bis Januar 1993 wird sie im Berliner Martin Gropius Bau zu sehen sein.
Die Ausstellung soll die gesamten 500 Jahre seit 1492 umfassen. Im Vordergrund stehen hierbei die Beziehungen der Bundesrepublik zu Lateinamerika. Auch die Zwangs-Beteiligung Afrikas durch den preußischen Sklavenhandel soll enthalten sein. Entsprechend wird also keine "Kolumbus-Ausstellug" geplant, sondern vielmehr die "kulturhistorische Relevanz der Entdeckung" in den Vordergrund gestellt werden - "die Entdeckung als dauerhafter Prozeß". Die drei zentralen Themenbereiche sind : a)Voraussetzungen, Folgen und Durchführung der Kolumbusfahrt; b) Die "Entdeckten"; c) Die Folgen der Entdeckung. Einer der Höhepunkte soll ein naturgetreuer Nachbau der "Niña" (eines der Schiffe von Kolumbus) im Lichthof des Gropius-Baus sein - "direktes Erleben".
Soweit bisher bekannt, wird die Ausstellung nicht aus einer eine Ansamlung von Unwahrheiten Geschichtsverdrehungen und -verfälschungen etc. bestehen. Vielmehr sind die Veranstalter offenbar bemüht, auch kritischere Punkte in die Ausstellung aufzunehmen. Dennoch wird diese Ausstellung durch systematische Ausblendungen ganz bestimmter Realitäten sicherlich genügend Angriffspunkte bieten. Der verantwortliche Leiter sichert sich schon im voraus immer wieder gegen Kritik von außen ab, indem er behauptet "alles können wir ja sowieso nicht aufnehmen." Nach den bisher durchgesickerten Informationen läßt sich aber bereits absehen, daß die Auslassungen nicht beliebig sind. Die Kontinuität deutscher Ausplünderungspolitik bis heute wird genausowenig Thema sein, wie der Widerstand in Lateinamerika. Trotz des Anspruchs die "gesamten 500 Jahre" darstellen zu wollen, wird die Ausstellung Mitte dieses Jahrhunderts Halt machen - wohlweißlich. Es wird also sicherlich genügend wunde Punkte und blinde Flecken dieser Ausstellung geben, so daß diese nationale Großshow sehr aktionsrelevant zu werden verspricht.



2 Brandsätze haben genügt, um reichlich Schaden zu verursachen
Die NeuköllnerInnen werden sich freuen, bald billiger, wenn auch etwas verrauchte, Auslegware zukriegen.
Wir sind für den Räumungsverkauf im Teppichlager (Karstadt)

und nicht für Räumungen der Häuser

- KEINE RÄUMUNGEN
- RÜCKGABE ALLER HÄUSER in Ost + West
- KEINE KNEBELVERTRÄGE
- FÜR BESETZUNGEN BIS ES KEINEN LEERSTAND MEHR GIBT
- Hafenstr. bleibt

autonome gruppe

Jahreswechsel

In Kreuzberg hatten gegen 1 Uhr etwa 100 Personen am Heinrichplatz Glascontainer auf die Fahrbahn geschoben. Sie blockierten die Straße und rissen Steine aus dem Pflaster. Farbeier und Steine warfen sie auf eingesetzte Polizeibeamte, von denen jedoch keiner verletzt wurde. Mehrfach seien die Fahrbahnen geräumt worden. Dabei wurde auch vom Schlagstock Gebrauch gemacht. Elf Personen, darunter fünf Frauen, wurden nach einem Einbruch in ein Getränkegeschäft festgenommen. Die Lage habe sich gegen 2 Uhr wieder beruhigt, teilte ein Polizeisprecher mit.

An der Potsdamer Straße in Schöneberg kam es ebenfalls zu Ausschreitungen. Hier hatten sich etwa 20 Personen versammelt, von ihnen wurden zwei Bauwagen auf die Fahrbahn geschoben und ein abgestellter Lastwagen angezündet. In die Filiale einer Drogeriekette wurden mehrere Brandsätze geworfen. Die Flammen konnten aber von der Feuerwehr gelöscht werden.

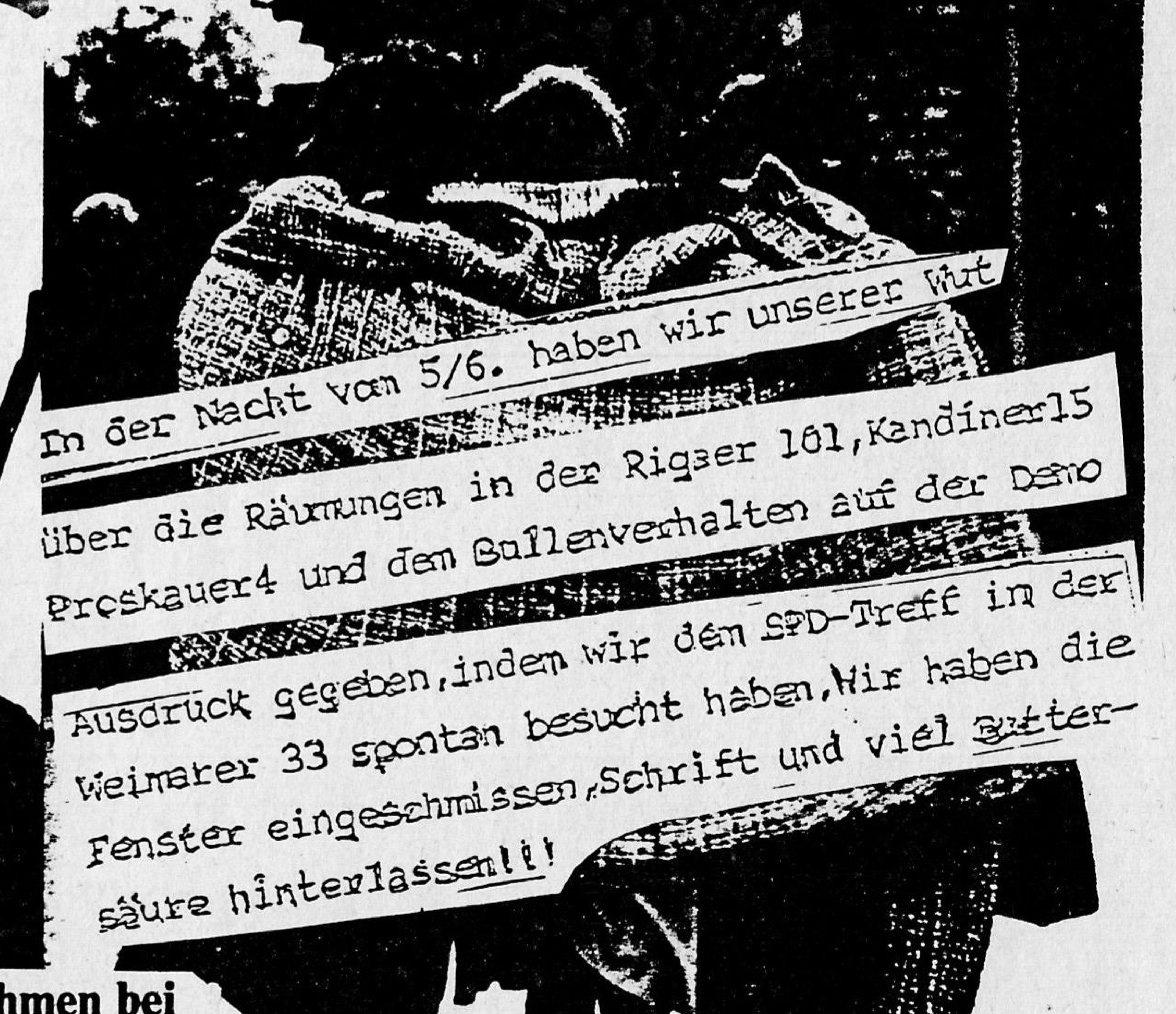
Auch im Bereich der Strom- und Turmstraße kam es zu Sachbeschädigungen. Hier wurden Fassaden beschmiert und mehrere Scheiben von Telefonzellen und eines Kaufhauses sowie an einem BVG-Wartehäuschen zerschlagen.

VOLXSPORT

AM MONTAGABEND: DEN 7.1.91 SIND WIR MAL IN GRUNEWALD/DAHLEM GEWESEN UND HABEN DORT DEN BONZEN AN DEREN VILLEN UND KARREN SPRÜHEND GEZEIGT, WAS WIR DAVON HALTEN, WENN ANDERSWO GERÄUMT WIRD UND SIE, DIE URHEBER/INN/EN, IHRE RUHE IM GRÜNEN GENIESSEN.
DIES WAR EIN OUVERTÜREBEITRAG FÜR DIE AKTIONSTAGE BESETZTER HÄUSER. DIE AM 9.1.91 STARTEN.
BESUCHEN WIR SIE ÖFTER, AUCH DANN WENN KEINE AKTIONSTAGE SIND.

KEINE RÄUMUNGEN!
HAFEN BLEI[illegible]

AG KLECKS



In der Nacht vom 5/6. haben wir unserer Wut über die Räumungen in der Rigaer 101, Kadiner 15 Preskauer 4 und dem Bullenverhalten auf der Demo Ausdruck gegeben, indem wir dem SPD-Treff in der Weimarer 33 spontan besucht haben. Wir haben die Fenster eingeschmissen, Schrift und viel Buttersäure hinterlassen!!

LESBEN und andere FRAUEN

Drei Festnahmen bei Hausbesetzer-Demonstration

Etwa 500 Sympathisanten der Hausbesetzer trafen sich am Sonntag nachmittag in Friedrichshain zu einem „Sonntagsspaziergang". Der Demonstrationszug führte vom Bersarinplatz zur Rigaer Straße und weiter zur Kadiner Straße. Dort waren, wie berichtet, am 3. Januar drei besetzte Häuser geräumt worden.

Während des Zuges kam es in der Mainzer Straße und später auch in der Kadiner Straße zu Steinwürfen auf die begleitenden Polizeibeamten. Nachdem gegen 16 Uhr 30 auf der Frankfurter Allee erneut Steine geworfen worden waren, räumten die Beamten die Straße, heißt es im Polizeibericht. Insgesamt drei Personen wurden festgenommen. Ein Polizist erlitt Verletzungen.

DIENSTAG, 15. JANUAR 1991

AG UMSTRUKTURIERUNG AUCH IN BERLIN ?

Auf den internationalen Häusertagen in Hamburg haben wir in erster Linie über die Situation in den westeuropäischen Metropolen geredet. Unter anderem waren uns die Auswirkungen der Konkurrenz der Städte untereinander und deren Entwicklung zu hochspezialisierten Zentren, um Kapital zu halten bzw. neues anzuziehen, wichtig. Gerade hier in Berlin sind die Umstrukturierungspläne der Herrschenden extrem umfangreich: Hauptstadt, Regierungssitz, Ost-West Handelszentrum, Olympia - und das sind nur die schlagzeilenträchtigsten. Wir wollen an Themen, die in HH nur andiskutiert wurden, weiterreden; zuerst über folgenden Strukturvorschlag aus Barcelona:

1. Stadtplanungsanalyse (Kapitalinteressen bei Projekten wie EXPO, Olympiade,... und allgemein (Zusammenhänge, Bebauungspläne...))
2. Bewertung der vorgenommenen Veränderungen der Zentren ; Auswirkungen auf die Mittelstandsviertel
3. Auswirkungen auf die Peripherie, Vorstädte
4. Untersuchung der Kontrolle der Individuen z.B. durch Bankkarten, Einwohnermeldeämter, Bullen, Kameras, Telefonkarten
5. Analyse der Umstrukturierung des Kapitals (z.B. von Klitschen zu Riesenfabriken, Tante Emma-Läden zu Supermärkten
6. Analyse der Situation in besetzten Häusern, Zentren und anderer Widerstandsstrukturen
7. Rausarbeiten der Gemeinsamkeiten europaweit Möglichkeiten der Besetzungen in der gesamtpolitischen Situation.



Damit alle Leute, die auf das Treffen kommen wollen, den Diskussionsstand und auch die Probleme aus HH kennen, haben wir das Protokoll der AG Umstrukturierung in folgenden Infoläden ausgelegt:

- Nachladen Cuvrystr.21 1/36
- Café Vamos Marchstr.23 1/10
- Café Lichtschranke Nostitzstr.49 1/61
- Infocafé Kreuzigerstr.18 Friedrichshain

Ein großes Manko war, daß wir uns in HH hauptsächlich mit Stadtplanung beschäftigt haben: die Umstrukturierung des Kapitals blieb fast völlig außen vor. Daher liegt der Teil

der Broschüre "In den Metropolen" auch in den Läden.

1. TREFFEN: MI. 23.1. 21.00 Uhr NOSTITZSTR. 49



Ein Umzug vorbei an Wohnungen und Werkstätten, deren MieterInnen vorm Rausschmiß stehen.

Zur Information der KiezbewohnerInnen.

Als Zeichen, daß wir uns nicht verplanen lassen,- von StrategInnen, die hier eine Hauptstadt, Olympiastadt, Europametropole Berlin errichten wollen; auf Kosten derer, die nicht einen dicken Geldbeutel wie sie selbst haben.

Beteiligt Euch:

Ruft an beim Infotelefon, wenn Ihr selbst von drastischer Mieterhöhung oder Kündigung betroffen seid; auf dem Umzug könnte auch über Euer Beispiel berichtet werden.
Macht mit:
Musik, Theater, Feuerspucken, gehbare Kaffee"stände"...
Hängt Transparente aus Euren Wohnungen (nicht nur) entlang der Route.

DEMONSTRATION

gegen Miethaie und StadtverplanerInnen

Sa, 19.1. 11[30] Uhr Oranienplatz:

Unterstützt die von Kündigung und Räumung bedrohten MieterInnen und Projekte!

Ob in Kreuzberg, Friedrichshain oder anderswo:

Wir bleiben!

Infotelefon: Tel. 614 30 80
Mo, Mi, Do 16[00] - 18[00]



UnterstützerInnengruppe "Wir bleiben in SO 36"

Zum Jahresende sind die Mietverträge in der Eisenbahnstraße 4 gekündigt. Die Projekte bleiben vorerst drinne. Unterstützt sie!
Kommt zur **Kundgebung** vor der Praxis des Vermieters Dr. Bollack, Veitstraße 42 in Tegel.

Donnerstag, 24.1.'91, 16 Uhr



wer, wie, was...

in der Hafenstraße...

HAFENSTRASSE VERTEIDIGEN JETZT !

1981 wurden die Häuser in der Hafenstraße zum ersten Mal besetzt. Nach vielen mehr oder weniger ernsthaften Versuchen wollte der Hamburger Senat 1987 die Räumung der Häuser endgültig durchsetzen. Nur durch massiven Druck eines breiten politischen Spektrums konnte der Senat gezwungen werden, mit dem "Verein Hafenstraße" einen Pachtvertrag abschließen. Dieser Vertrag nahm zwar für einige Zeit den Räumungsdruck von den Häusern, war aber so formuliert, daß von Anfang an klar war, daß es nur eine vorübergehende Lösung sein konnte.





Die Durchsuchung der Häuser durch die Bundesanwaltschaft im Frühsommer 1990 bildete den Ausgangspunkt für eine neue Kriminalisierungswelle mit dem Ziel, die Hafenstraße zu einem "terroristischen Dienstleistungszentrum" hochzustilisieren und durch das Totschlagargument RAF eine Entsolidarisierung zu erreichen. Sowohl der politische Staatsschutz als auch der Hamburger Senat erhofften sich davon nicht nur, die BewohnerInnen unter Druck zu setzen, sondern auch ein günstiges Klima für die Räumung der Häuser zu schaffen. Nach dieser stimmungspolitischen Vorarbeit erfolgte nun am 7. Januar die "rechtsstaatliche Kündigung" des Pachtvertrages. Juristisch basiert sie auf einer Wohlverhaltensklausel in dem Vertrag, bei der es um sogenannte Gewalt aus den Häusern geht. In mehreren Prozessen versuchte die Eigentümerin, die senatseigene "Hafenrand GmbH", nachzuweisen, daß von den Häusern Straftaten ausgegangen wären. Sie verlor alle bis auf diesen, und den gewann sie nur aufgrund einer formaljuristischen Finesse. Der Hintergrund für die Räumungswut des Hamburger Senats ist aber nicht mietrechtlich, sondern politisch.

Schon immer boten besetzte Häuser eine Möglichkeit für den Versuch, selbstbestimmt mit vielen Menschen zu leben und politisch nach außen zu arbeiten. Die von der Hafenstraße nach außen gerichtete Arbeit läßt sich an verschiedenen Beispielen darstellen:

- kontinuierliche Solidarität mit politischen Gefangenen (was wohl die Grundlage für das oft wiederekehrende RAF-Konstrukt sein dürfte)
- Solidarität mit dem Befreiungskampf der PalästinenserInnen (z.B. löste das Wandbild zum Boykott israelischer Waren bundesweite Diskussionen aus)
- Organisierung gegen faschistische Angriffe und Naziterror im Stadtteil
- Betrieb mehrerer Kneipen, Cafés und Veranstaltungsräume (Störtebeker Zentrum, Tante Hermine, ...)

Schon allein durch die Existenz der Häuser bildeten diese immer wieder einen Kristallisationspunkt für den Widerstand gegen die Umwandlung des Stadtteils St. Pauli in einen profitorientierten, auf Industrie und Tourismus zugeschnittenen Vorzeigestadtteil. Die Umstrukturierung dieses Stadtteils ist Teil der Pläne zur Entwicklung Hamburgs zu einer Handels-, Industrie- und "Kultur"-Metropole ("Standort Hamburg").
Die EG-weiten Räumungen besetzter Häuser im letzten Jahr (WNC Groningen, Kopenhagen, Berlin) zeigen aber auch, daß politische Freiräume ein Hindernis darstellen für die Durchsetzung viel größerer Pläne wie die Wirtschaftsvereinigung Europas (EG'92), die wirtschaftliche Durchdringung der ehemaligen RGW-Staaten oder auch außenpolitische Kriegsmobilisierungen wie jetzt am Golf. Natürlich können erkämpfte Freiräume z.B. nicht den Golfkrieg oder die EG-Entwicklung stoppen; aber sie sind für viele Menschen das Ergebnis und zugleich Ansatzpunkt für ihren Widerstand gegen die HERRschenden Verhältnisse auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Utopie ohne Unterdrückung.



DER HAFEN UND WIR

Der Hafen, das sind für uns Menschen, die versuchen, wie wir gegen die Verhältnisse zu leben; die nicht bereit sind, alles hinzunehmen und zuzulassen, was uns alltäglich an Zwängen und Unterdrückung von den HERRschenden Verhältnissen vorgesetzt wird.
Der Hafen ist ein Ort des Kampfes für ein kollektives, selbstbestimmtes Leben, daß an vielen verschiedenen Punkten Perspektiven und einen konkreten Widerstand entwikkelt hat. Daß das auch mit Schwierigkeiten verbunden war und ist, ist klar. Aber "in allem steckt ja auch das, was uns ausmacht, unsere Hoffnungen, unsere Versuche, was zu machen, der anderen Seite was entgegenzusetzen. Aber es geht um das "WIE". (...) Es geht darum , uns selbst und unsere Situation mal ganz nüchtern zu betrachten. Es geht um die solidarische Diskussion und Aktion mit allen, die sich angesprochen fühlen und die mit uns weitergehen wollen."(O-TON HafenbewohnerInnen)

Der Hafen ist ein Maulwurfshügel, der es 10 Jahre geschafft hat, den Sand immer wieder aufzuschütten. Und darum geht es jetzt in dieser Situation auch wieder, den Sand wieder aufzuschütten, wahrscheinlich höher als je zuvor. Wir werden nicht zulassen, daß dieses verlogene System von kriegsgeifernden Bonzen, Banken und Spekulanten uns unsere Lebensräume "plattmacht" und versucht, uns dabei fertig zu machen. Gerade die Geschichte der Hafenstraße hat uns gezeigt, daß es sich lohnt, dafür zu kämpfen - auch hier in Berlin !(?) - und daran hat sich auch nach der scheinbar alles erdrückenden Räumung der Mainzer Straße nichts geändert.
Mit einer spontanen Demonstration von 3000 Menschen am Montagabend in Hamburg nach dem Kündigungsurteil ist nach einer Zeit der Lähmung wieder Stimmung und Power aufgekommen. Es geht darum, jetzt eine Kraft zu entwickeln, die einen akuten militärischen Aufmarsch der Bullen am Hafen und somit eine Räumung der Häuser verhindert. Die Hafenstraße durchsetzen.

Liebe und Kraft den BewohnerInnen der Hafenstraße

Keine Räumung besetzter Häuser nirgendwo

Kampf dem Krieg am Golf

Hafenstraße forever



Autonome HausbesetzerInnen aus Ost- und Westberlin

viSdP.: M. Wurf, Mainzer Str. Berlin 44



Unabhängig davon, wann es zu einer Räumung kommt, machte Voscherau deutlich, daß den jetzigen Bewohnern Ersatz-Mietraum angeboten werden soll. „Der Senat wird die ehemaligen Bewohner nicht unter die Brücken holen", sagte Voscherau.
9 - 1 - 91
HAMBURGER ABENDBLATT

etwa hier?

hier?

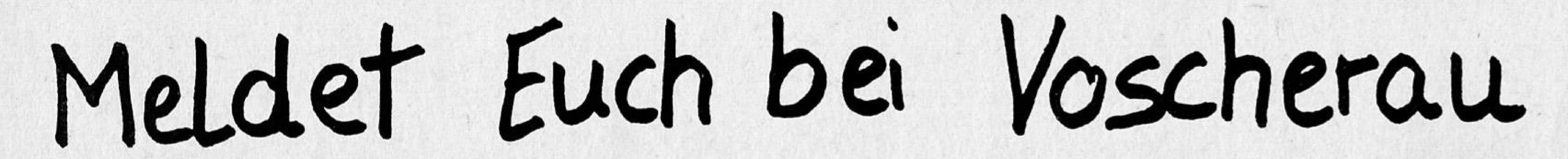
Wo denn?

Voscherau will uns - der Hafenstraße - für den Fall der Räumung Ersatzwohnungen anbieten. Durch die geplante Räumung soll, so Politiker der SPD und FDP, das Heer der Obdachlosen nicht um 13o Menschen vergrößert werden.
Das ist natürlich eine Milchmädchenrechnung. Wenn wir auf 13o Wohnungen verteilt werden, heißt das, daß 13o andere Leute, die eine Wohnung benötigen, leer ausgehen werden.
Aber wir wollen gar keine Ersatzwohnungen. Unsere Perspektive ist hier zu bleiben, wo wir seit fast 1o Jahren zusammenleben, in den Häusern, die wir selbst nach unseren Bedürfnissen instandgesetzt, wo wir unsere Gemeinschaftseinrichtungen, wie Tante Hermine, die Volxküche und Störtebekerzentrum haben.

oder hier?

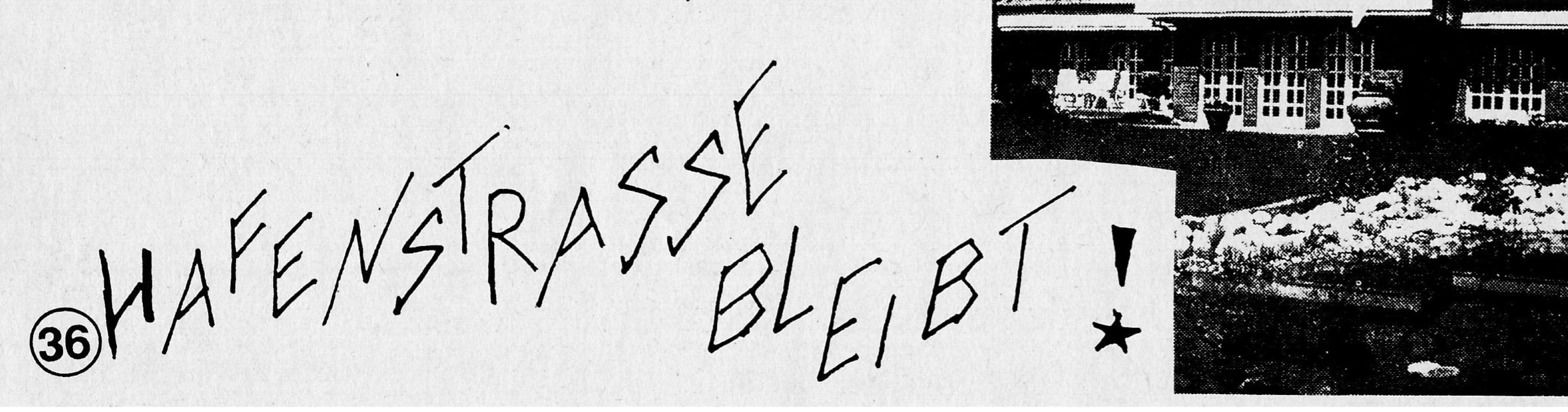
HIER VIELLEICHT?

Aber wir wissen, daß es genug Menschen gibt, die diesen Wohnraum dringend brauchen. 25oo Obdachlose, 9o ooo Menschen, die eine Wohnung suchen, Menschen, die trotz der Erteilung eines Dringlichkeitsscheines seit über einem Jahr vergeblich auf den Nachweis einer Wohnung warten.
Für mindestens 13o von diesen weiß der Bürgermeister offenbar eine Lösung. Wendet Euch an ihn und fragt ihn nach den Wohnungen, die er noch in der Hinterhand hält. (Ruft bei der Senatskanzlei an - Tel.:3681-o - und laßt Euch durchstellen).



Ihr könnt Euch auf uns berufen, denn

da?



AUTSCH

autonome schülerInnenzeitung

TACH!

nach einem halben jahr haben wir uns endlich aufgeraft, mal wieder 'n bißchen von uns hören zu lassen!
daß so lange ruhe um uns herrschte, hatte einen entscheidenden grund: wir hatten keinen bock mehr, alles alleine zu machen - dies übersteigt einerseits unsere kräfte und andererseits sind wir nicht das zk der radikalen schülerInnen, das die weisheit mit riesenlöffeln bergeweise gefressen hat.

vor etwas länger als einem jahr setzten wir uns in einem dunklen kämmerchen eines hier nicht näher beschriebenen hauses zusammen, um endlich mal eine etwas radikalere schülerInnenzeitung aus dem boden zu stampfen. angesprochen werden sollten die "radikaleren" schülerInnen, da wir eine anarchistische massenzeitung erstmal für nicht angebracht hielten. ziel sollte es zunächst sein, eine struktur unter diesen schülerInnen , die ja im augenblick meist nur vereinzelt und allein in den schulen (falls sie hingehen ...) rumhängen, zu schaffen und so eine diskussion und einen infoaustausch unter ihnen zu ermöglichen. allerdings war es bei den ersten beiden ausgaben, die schon erschienen sind, so, daß die artikel nur von uns stammten.
dies lag daran, daß durch eine fehlende kontaktadresse kein austausch mit den leserInnen möglich war. dies soll jetzt anders werden, da die alte form der zeitung nicht unseren zielen entspricht.



zwar hatten wir seit kurz nach der mai-ausgabe eine adresse, doch da sich kein mensch gemeldet hat, stellen wir unser neues konzept und die kontaktadresse noch einmal vor.
die kontaktadresse lautet:

A. Müller, Plk 012396 C, 1/31 !

und nun zum neuen konzept:
die zeitung steht jetzt allen schülerInnen, schwänzerInnen, schulverweigerInnen, jungen anarchistInnen und ähnlichen subversiven und hinterhältigen objekten zur freien verfügung! (applaus bitte !!!)
über die zeitung können diskussionen unter oben erwähnten menschen laufen, tips & trix für "kleinere sabotage", interessante rezepte,... weitergegeben werden, infos aus den schulen (z.b. über faschistische/rassitische/sexistische überfälle/anmache, geile aktionen gegen lehrerInnen) verbreitet werden und möglicherweise ansätze für eine breitere verbreitung unserer ideen etc. geschaffen werden (z.b. durch flugis mit infos, tips & so in der zeitung, die kopiert und in der schule aufgehängt /ausgelegt werden können).
deshalb: SCHREIBT UNS BITTE MASSENHAFT !!!

die nächste ausgabe könnt ihr ab märz in den einschlägig bekannten infoläden und -cafés erhalten. (dies ist erstmal die fast einzige möglichkeit, an die zeitung heranzukommen, da der verkauf über die post zu gefährlich ist. ihr solltet auch möglichst nicht eure richtige adresse an uns schreiben - wenn ihr schon eine adresse zur kontakt aufnahme angeben wollt, dann möglichst etwas für euch sicheres wie z.b. eine plk (postlagerkarte) oder so. ach ja: und bitte möglichst unauffällige, "ordentliche" briefe schicken. nix mit Ⓐ's oder "AUTSCH" auf den umschlägen.)

TSCHÜS

autsch-redaktion, januar '91

visdp: p. meier, oranienstr. 245 , 1/36

++ KOPIEREN & WEITERGEBEN ++

DON'T PAY – WON'T PAY

Samstag, 19.1.91

21 Uhr

VIDEO IM INFOLADEN "DANEBEN", RIGAER STR. 84,
BERLIN-FRIEDRICHSHAIN, U-BAHN SAMARITERSTRASSE

Im April 1990 wurde in Großbritannien die Kopfsteuer eingeführt. Das führte zu heftigen Aufständen im ganzen Land. Der Film zeigt diese Aktionen, zusammengestellt aus Mitschnitten des englischen Fernsehens...



EDITORIAL

Geboren wurde die Idee zu dieser Flugschrift aus dem Anarcho/a Frühstück welches seit dem November 90 regelmässig stattfindet.

Wir wollen zur Zeit nicht viel über unsere Utopien, Erwartungen, Wünsche und Träume im Zusammenhang mit dieser Flugschrift schreiben, sondern wir möchten erstmal ein paar Nummern machen.

Was wir von Anfang an hoffen ist das diese Arbeit für die Zukunft zu einem besseren Informationsfluß unter den Anarch. beiträgt und das hierüber auch die beginnende anarchistische Vernetzung in Berlin gestärkt wird.

Also wenn es möglich ist beteiligt auch in Form von Beiträgen und Informationen und gebt uns jeweils rechtzeitig die Veranstaltungstermin durch.

Themen für die nächsten Nummern könnten sein
- anarchistische Antifa-Arbeit
- selbstverwaltete Betrieb mit anarchistischen Strukturen
- Freie Schule/antiautoritäre Kinderläden

Bei diesen Themen wollen wir versuchen Diskussionsbeiträge und Positionsbeiträge mit konkreten Information aus Berlin zu verbinden.

Thema Finanzierung:
Um das Material für die Zeitung zu finanzieren sind wir auf Abos angewiesen. Die Zeitung soll nicht in die freie Verteilung kommen, sondern ausschließlich über Abos vertrieben werden. Also sofort losgehen und ein Abo abschließen.
Wie: Einfach auf Postgiro Amt Berlin West Konto Nr. 174492-108 " Elisabeth Hettich" Stichwort: "A-Kurier Abo" 24,-- DM für 20 Nummern (1 Jahr) einzahlen.
nicht vergessen: deutlicher Absender.

Erscheinungsweise:
alle 14 tage
die nächste Nummer erscheint am 25.01.91
Redaktionschluß: 21.01.91

Anschrift:
A-Kurier
Kreuzbergstr.43, 1000 Berlin 61

offenes Redaktionstreffen:
Dienstag 15.01.91 17.00 Uhr
Dienstag 29.01.91 17.00 Uhr

Wir möchten Euch darauf hinweisen, daß die Umweltbibliothek und der "telegraph" eine neue Adresse haben. Ab jetzt sind wir zu erreichen unter:

Schliemannstraße 22
1058 Berlin O

Mit besten Grüßen
Eure UB/ Redaktion "telegraph"

TERMINE T E R M I N E===

UND KLAR BEI KRIEGSBEGINN ___ 20.^{00} BREITSCHEIDPLATZ

DO 17.1 -----------

FRAULENZEN 17^{00} El LOCO

19.^{00} Assata Shakur El LOCO

21.^{00} Born in Flames El Loco

21.^{00} Bericht eines Menschen aus London, Kopfst. VOKÜ Niederbarnim 23

FR 18.1...........

21.^{00} Heiter bis Wolkig - Comedy Musik Theater aus Köln Reichenberger 63a H.H.K

17.^{00} Widerstand hat viele Formen VIDEOCOLLAGE El LOCO

19.^{00} + 21.^{00} Monty Pytons Der Sinn des Lebens El LOCO

VV . VV.. 19.^{30} DISKUSSIONS und AKTIONSPLENUM Mehringhof

19.^{00} Kiezpalaver Wedding Golfkrieg, Häuserdemo u.a. Cafe Ormo Prinzenalle 81 1-65

SA 19.1.:.:.:.:.:----

21.^{00} Heiter bis Wolkig KOB --- Potze

17.^{00} Das GATT bekmpfen (INFO) El LOCO

19.^{00} Viva la Muerte (VIDEO) EL LOCO

21.^{00} Momo Im Legoland Textcollage El LOCO

11.^{30} DEMONSTRATION gegen Miethaie und Stadtplaner O-PLATZ

21.^{00} Don´t Pay Won´T Pay VIDEO im Infoladen "DANEBEN" Rigaer str. 84 zur Kopfsteuer GB

SO 20.1 --------------

21.^{00} Heiter bis Wolkig OST-KÖPI Köpenickerstr

17.^{00} Wie der Staat Kultur gebraucht (INFO) El LOCO

19.^{00} Leo Ferre (VIDEO) El LOCO

21.^{00} Mutter Courage DDR 1960 El LOCO

20.^{00} aktueller Videobeitrag zum Bergarbeiterstreick in der Türkei Infos von Türkischen Genossen

info KEIN FRIEDEN MIT DEN BANKEN

MO 21.1:.:.:.:.:.:.:.:.:.:..

19.^{00} K.O. Treffen der Frauen-Antifa in der SFE

20.^{30} "Aktuelles zur Hafenstraße" (FILM) Syndikat Weisenstr.56 1-44.....

DI 22.1

21.^{00} Trotz alledem -Film DDR 71 über Rosa Luxemburg u. Karl Liebknecht El LOCO

19.^{00} Trau´ keinem Fuchs auf grüner Heide (Filmdokumen) El LOCO

MI 23.1 !!!!!!!!!!!!!!!

21.^{00} "Die siebziger in West-Berlin" Disqussion und Film X-B-LIEBIG....Liebigstr.34 1034

17.^{00} Das GATT bekämpfen El LOCO

19.^{00} 21.^{00} "Der Sinn des Lebens" .Monty Pyton El LOCO

21.^{00} AG Umstrukturierung in Berlin 1. Treffen Nostitzstr. 49

DO 24.1

22.^{30} FRUCHTFLEISCH - Das Stück von Boguth, Henschel, Rossi SO-36

20.^{00} "Arbeit im Krieg" 16mm ´83 60min Rüstungsproduktion u. Widerstand bei Rheinmetall-Borsig A-Laden Moabit Rathenower str.22 1-21

16.^{00} Kundgebung zur Kündigung der EisenBahnstr.4 vor der Praxis von Dr.Bollack, Veitstr.42 Tegel

VERANSTALTUNG

Jeden Do. ab 19.^{00} Frauen u. Lesben VV anschließend ca. 21.^{00} Kneipe im X-B-Liebig Liebigstr.34

So 20.1. 18.^{00} Wedding Kiezküche b. Zorrow, Grüntaler S.38

25.1 19.^{00} Anarchismus und Gewaltfreiheit. Die gewaltfreie Aktions- u. Grasswurzelgruppe Berlin stellt ihr Konzept vor Libertäres Forum Berlin, Mehringhof

30.1. 18.^{00} Demo Kein Fußbreit den Faschisten s.Flugi hier

KRIEG KANN DIE LÖSUNG NICHT SEI

Scheiß-Bündnisdemo:
seit 3 Stunden
nix zu sehen
vom autonomen Block!

Kanzler Kohl gefallen

15.1.

KRIEG DEM KRIEG

...um welchen
Golfplatz
geht's hier?

IMPEACH

Jesses Maria,
was die wohl immer
mit "Imperialismus"
meinen?

...und morgen
achen wir
eneralstreik?

Na klar bin ich gegen
den Kuweit-Krieg,
weil meine Tomatenzucht
könnt' ich doch nach
der Ökokatastrophe
voll vergessen!

Kameramann
Arschloch!

Pagels spricht heute nicht,
heut' spricht ein Autonomer!